

UNIA



DIE ZEITUNG DER GEWERKSCHAFT.

work

Yelines Hofer: Malerin liebt ihren Job und ihre Freiheit. Seite 20



Quäl-Tomaten in der Migros

Dicke Geschäfte mit spanischem Gemüseproduzenten. Seite 4

Jetzt klagen die Smood-Kuriere

Der Lieferdienst zahlt seine Kuriere nicht sauber. Jetzt hagelt's Klagen. Seite 3

Horror auf der Balkan-Route

So menschenunwürdig «schützt» Schengen seine Grenzen. Grosse Reportage. Seiten 10–11

Krankentag- Geld

Wer krank wird, hat trotzdem Lohn zugut. Doch wie viel und für wie lange, steht oft im Kleingedruckten. Der Ratgeber. Seiten 16–17

**Rettet die alpine Solar-Revolution
die Schweizer Gletscher?**

Zur Sonne, zur Zukunft!

Der günstigste und ökologischste Weg aus dem **Winterstromloch**. Das grosse Interview mit Ex-SP-Präsident **Peter Bodenmann**.

Seiten 4–6

Hier liegt das Walliser Dorf Grenols. Südlich davon befindet sich das Saftischtal, in dem ein Solar-Projekt geplant ist (oben im Bild der Aletschgletscher).



ZUR SONNE, ZUR FREIHEIT

Es geschehen noch Zeichen und Wunder. Nicht oft, aber unverhofft. Und jetzt gerade im Wallis. Genauer im Bergdorf Grengiols, das sie «Grängelsch» aussprechen. Das Bergdorf mit rund 450 Seelen ist berühmt für seine wildgelben Tulpen, die «Grängijer Tulpa». Und neuerdings auch für

Plötzlich scheint die solare Revolution machbar.

seinen Gemeindepräsidenten Armin Zeiter. Er ist ein Mann, der sich traut. Und will im Saflischtal die solare Revolution einläuten. Sie heisst Grengiols Solar. An den Sonnenhängen des Hochtals soll auf rund fünf Quadratkilometern der grösste Solarpark der Schweiz entstehen. Zeiter sagt: «Eine sensationelle Idee!» Grengiols Solar soll punkto Effizienz und Output nämlich fast alles in den Schatten stellen. Die in der Schweiz wenig potente Windenergie. Aber auch die Wasserkraft. Und den Atomstrom sowieso. Das sagt der Mann, der die Idee für Grengiols Solar im Februar in der Walliser Oppositionszeitung «Rote Anneliese» lanciert hat: der Hotelier und Ex-SP-Präsident Peter Bodenmann. Seit Jahren macht er sich mit Feuer und Flamme und Furor für den ökosozialen Umbau stark. Seit Jahren auch im work, in der Rubrik «Rosa Zukunft». Bereits 2018 hielt er dort fest: «Bifaziale Solarmodule produzieren sowohl mit ihrer Vorder- als auch mit ihrer Rückseite Strom. Sie kosten heute praktisch gleich viel wie traditionelle Module. Obwohl sie viel mehr Strom produzieren, vorab, wenn man sie in den Alpen auf über 2000 Metern installiert. Bisher hat man das alpine Potential vernachlässigt.» Das hat sich nun schlagartig geändert.

BODENMANN UND DIE BIFAZIALEN. Grengiols Solar ist in aller Munde. Und schon zeigen die Energiekonzerne Alpiq und Axpo Interesse. So wie der Basler Energieversorger IWB auch. Angetan vom Grossprojekt ist auch Ex-FDP-Bundesrat Pascal Couchepin. Er hat sich bei Peter Bodenmann gemeldet, wie dieser im grossen work-Interview erzählt (Seiten 4–6). In Grengiols sollen bereits 90 Prozent der Leute hinter Grengiols Solar stehen. Sagt Zeiter. Und im ganzen Oberwallis schon 80 Prozent. Die «Rote Anneliese» hat offenbar voll eingeschlagen. Bereits karikiert der Walliser «Nouveliste» Bodenmann als bifazialen Sandwichman, wie er durchs Alpental zieht – und eine Kuh kommt nicht aus dem Staunen raus. Bereits nennen sie ihn «Peter bifazial». Für einen, der mit seinem Gottvertrauen in die Segnungen des technologischen Fortschritts bisher eher ein einsamer Rufer in der linken Wüste war, ist das nicht nichts. Seine frohe Botschaft: «Die Schweiz muss ein Winterloch von 25 Milliarden Kilowattstunden stopfen. Und das könnten wir mit rund 25 Anlagen in der Grössenordnung von Grengiols.»

ZUR SONNE, ZUR ZUKUNFT. Und damit zur Freiheit. Zur Befreiung von russischem Gas und Öl. Heute aktueller denn je. Und plötzlich scheint das auch machbar. Erst noch finanzierbar. Wären da nicht die Landschaftsschützer vom Dienst. Zum Beispiel Raimund Rodewald, der Geschäftsführer der Stiftung Landschaftsschutz Schweiz. Er hält Grengiols Solar für «reinen Gigantismus». Solche Projekte würden dem sauberen Ruf der Solarenergie schaden. Das sagt ausgerechnet der Mann, der zusammen mit anderen unter der Ägide von Bundesrätin Simonetta Sommaruga das Chummiborttal mit einer grossen Staumauer unter Wasser setzen will. Dieses Hochtal im Landschaftspark Binntal gehört ebenfalls zum stolzen Gemeindebesitz von Grengiols. Eine Pikanterie, die Bodenmann im work ebenfalls enthüllt.

Drei Verschüttete nach Baugrubeneinsturz. Unia fordert: «Es braucht endlich mehr unangemeldete Kontrollen!»

Erneut fordert eine unsichere Baustelle Menschenleben. work bringt bedenkliche Hintergründe ans Licht.

JONAS KOMPOSCH

Der Unfall geschieht nach dem Znüni. Drei Männer machen sich in einer Baugrube in Feusisberg SZ an die Arbeit. Einst stand hier eine bescheidene Garage. Nun soll eine moderne Tankstelle her, dazu ein Motel. Die Grube ist mit einer fünf Meter hohen Betonmauer befestigt. Doch diese ist alt und keine 50 Zentimeter dick. Plötzlich stürzt sie ein. 400 Kubikmeter Erde und Beton begraben die Männer komplett. Sofort rückt ein 90köpfiges Grossaufgebot aus – Polizei, Feuerwehr, Suva, Arbeitsinspektorat, Bausachverständige und sogar der Gemeindepräsident eilen herbei. Erst Stunden später gelingt es den Suchhunden, die Verunfallten zu orten. Aber es ist zu spät. Die drei Männer (57, 47 und 35 Jahre alt) sind tot.

SCHWERSTUNFÄLLE NEHMEN ZU

Baugruben sind Hochrisikozonen. Allen, die Böschungen zu steil erstellen oder Gräben schlecht verspiessen, droht Lebensgefahr. Besonders wenn noch ein schweres Fahrzeug den Boden belastet. Die Suva-Statistik über tödliche Berufsunfälle ist überdeutlich: Jahr für Jahr sterben 17 Berufsleute durch Verschüttung. Es ist die zweithäufigste Todesursache in

Nach den Sportprofis haben Bauleute das höchste Unfallrisiko aller Berufsgruppen!

der Schweizer Arbeitswelt, gleichauf mit Absturzereignissen. Davon am häufigsten betroffen sind Bauarbeitende. Sie müssen auch sonst ganz besonders aufpassen. Nach den Sportprofis haben sie das höchste Unfallrisiko aller Berufsgruppen! Ein Maurer etwa verunfällt sechsmal häufiger als ein Ingenieur und fünfzehnmal häufiger als eine Bankerin. Und das liegt nicht bloss am relativ gefahrenlosen Büroalltag. Es ist der zunehmende Stress, der die Baustellen unnötig gefährlich macht. Auch darüber sprechen die Suva-Zahlen Bände.

Von 2011 bis 2020 haben in der Kategorie «Vorbereitende Baustellenarbeiten,



TRAGISCH: Beim Einsturz einer Betonmauer sterben drei Männer auf einer Baustelle in Feusisberg im Kanton Schwyz. FOTO: FILMSTILL SRF

Bauinstallation, Ausbaugewerbe» die schweren Unfälle massiv zugenommen – um 32 Prozent! Und auch Schwerstunfälle gibt es markant mehr (plus 14 Prozent). Ähnlich sieht es im Hoch- und Tiefbau aus. Immerhin: Die Todeszahlen gehen kontinuierlich zurück. Aber noch immer sterben jährlich 22 Bauleute unfallbedingt. Stress ist jedoch nicht das einzige Problem. Das zeigt der Fall Feusisberg.

PROBLEMBAUSTELLE WAR BEKANNT

Schon seit dreizehn Jahren wird auf der Parzelle der Unfallstelle gebaut – auch an einem dreistöckigen Rohbau. Er ist noch fast im selben Zustand wie vor neun Jahren. Das zeigen Bilder von Google Street View. Ebenfalls seit Jahren steht da auch ein Baugerüst. Vertrauenswürdig wirkt es nicht, und ein Firmenname fehlt genauso wie eine Sicherheitstafel.

Unia-Sekretär Franco Basciani sagt dazu: «Alles deutliche Warnsignale!» Ihm ist der Rohbau schon früher aufgefallen: «Es ist eine mysteriöse Baustelle. Seit Jahren stehen Maschinen da, doch Arbeiter sieht man nie.» Bekannt ist das Projekt auch bei der Gemeinde: Mehrere Baubewilligungen seien erteilt, aber auch ein Baustopp verhängt worden, gibt sie bekannt.

Nun bringen work-Recherchen noch mehr bedenkliche Hintergründe ans Licht.

AUTOHÄNDLER ALS BAUMEISTER

Keiner der Verstorbenen war ausgebildeter Baufachmann. Das bestätigt die Gemeinde. Dennoch war eines der Opfer, ein Mercedes-Händler und Garagist, nicht nur Bauherr, sondern auch Baumeister. Zumindest auf dem Papier. Denn vor sechs Jahren hatte er eine eigene Bau-firma registriert – und zwar exakt an jener Adresse, die heute bloss noch Grube und Bauruine ist.

Ein früherer Geschäftspartner sagt: «Abbruch und Aushub hat er komplett mit seinen eigenen Leuten gemacht.» Möglich war dies, weil der Beruf des Bauunternehmers nicht reglementiert ist und keinerlei Berufsqualifikationen verlangt. Anders etwa in Deutschland: Aus Qualitäts- und Sicherheitsgründen gilt dort eine strenge Meisterpflicht. Für Gewerkschafter Basciani ist auch deshalb klar: «Auf dem Bau braucht es dringend mehr Kontrollen – und zwar unangemeldet!» Gefordert seien nicht nur die Suva und die Arbeitsinspektorate, sondern auch die Behörden. Die Toten von Feusisberg mahnen.

Solidarische Hafenarbeiter vor Gericht

STOCKHOLM. Aus Protest gegen den Ukraine-Krieg entladen die Mitglieder der schwedischen Hafenarbeitergewerkschaft keine russischen Schiffe oder Güter mehr. Auch Transporte nach Russland werden nicht mehr abgefertigt. Und dies schon seit dem 28. März! Doch nun haben die vereinigten Hafenbetreiber die Gewerkschaft verklagt. Die Blockade sei mit der sozialpartnerschaftlichen Friedenspflicht nicht vereinbar. Ge-



Ein russischer Frachter kreuzt in der Nordsee. FOTO: KEYSTONE

werkschaftspräsident Martin Berg ist empört: «Während Konzerne wie Volvo, Scania oder Ikea ihr Russland-Geschäft einstellen, sollen wir gezwungen werden, der russischen Kriegswirtschaft zu dienen!»

Für mehr Schutz am Arbeitsplatz

BERN. Schluss mit Gewalt und Belästigung am Arbeitsplatz: Das fordert die Konvention Nr. 190



Schluss mit Gewalt gegen Frauen im Job! FOTO: ZVG

der Internationalen Arbeitsorganisation (ILO), die 2019 in Genf verabschiedet wurde. Sie ist ein Meilenstein im Kampf gegen Geschlechterdiskriminierung weltweit. Jetzt hat der

Bundesrat entschieden: Die Schweiz schliesst sich diesem Abkommen an. Das freut besonders die Gewerkschafterinnen. Sie hatten im vergangenen Herbst am SGB-Frauenkongress Druck gemacht. Zwar gelten hierzulande bereits Gesetze und Massnahmen, am Arbeitsplatz kommt sexualisierte Gewalt trotzdem immer noch viel zu oft vor. Für Unia-Frauensekretärin Aude Spang ist klar: «Jetzt müssen auch die Betriebe endlich mehr tun!»

Lohndumping bei Walliser Bergbahnen

BRIG. Zwischen 2018 und 2021 haben 39 von 53 Walliser Bergbahnen ihren Mitarbeitenden zu tiefe Löhne bezahlt. Mehr als die Hälfte der Unternehmen zahlten gar weniger als den im Normalarbeitsvertrag vorgesehenen Mindestlohn. Das haben kantonale Kontrollen ans Licht gebracht. In einer Mitteilung spricht der Kan-



Zahlreiche Mitarbeitende von Bergbahnen erhielten zu wenig Lohn. FOTO: KEYSTONE

ton von «Missbrauch», auch wenn der Normalarbeitsvertrag nicht rechtsverbindlich sei. Unia-Mann Blaise Carron: «Es betrifft sehr viele Bergbahnen, nicht nur einzelne «schwarze Schafe». Deshalb braucht es jetzt einen verbindlichen Normalarbeitsvertrag.»



MUT GEFASST: Der Streik mit seinen Smood-Kolleginnen und -Kollegen Anfang Jahr zeigte Bouazizi: «Ich bin nicht alleine.» FOTO: SÉBASTIEN AGNETTI

Kurier Maher Bouazizi (43) hat genug: «Jetzt verklage ich Smood»

Um mehr als 60 000 Franken hat der Lieferdienst Smood Fahrer Maher Bouazizi bisher geprellt. Jetzt geht er vor Gericht. Und nicht nur er.

CHRISTIAN EGG

Smood-Fahrer Maher Bouazizi sitzt am Steuer seines Seat und fährt vom Wohnort Martigny VS nach Vevey im Kanton Waadt. Gut eine halbe Stunde dauert die Fahrt. Er kennt die Strecke wie keine andere: Es ist sein Arbeitsweg. An einem normalen Arbeitstag muss er sich in Vevey zu Beginn seiner Schicht in die Smood-App einloggen und dann auf Aufträge warten. Doch heute liefert Bouazizi kein Essen aus. Sein Ziel in Vevey ist die Rue du Simplon 22. Dort steht das

Während Bouazizi auf Bestellungen wartet, ist sein Verdienst: null.

Regionalgericht Ost des Kantons Waadt. Bouazizi sagt: «Heute klage ich gegen meinen Arbeitgeber.»

Auf diesen Tag wartet Bouazizi schon lange. Vor zweieinhalb Jahren hat er beim Essenslieferdienst Smood angefangen. Und schon bald gemerkt, dass etwas nicht stimmt. Dass Arbeitsstunden nicht bezahlt werden. Oder dass er zwar mit seinem eigenen Auto die Mahlzeiten ausliefern muss. Aber pro gefahrenen Kilometer nur ein paar Rappen bekommt – nicht einmal genug fürs Benzin.

FÜNF WOCHEN STREIK

Links zieht der Genfersee vorbei. Bouazizi schildert, wie er versucht hat, mit seinen Chefs zu sprechen: «Auf meine Fragen kam meist nicht einmal eine Antwort.» Bouazizi liess nicht locker und engagierte einen Anwalt. Der schrieb Briefe an Smood und dessen Subunternehmen Simple Pay, bei dem Bouazizi unter Vertrag ist. Auch das brachte nichts. Doch dann traf er andere Fahrerinnen und Fahrer, die sich ebenfalls wehrten. Unterstützt von der Unia. «Da habe ich gemerkt, dass ich nicht alleine bin. Das hat mir Mut gegeben.»

Gemeinsam haben die «Smooders» dann gestreikt: fünf Wochen lang (work berichtete: [rebrand.ly/smoodstreik](https://www.work.ch/rebrand.ly/smoodstreik)). Die Schlichtung nach dem Streik scheiterte. Drum trifft Bouazizi heute im Hof vor dem Regionalgericht seine Unia-Kollegen und die Anwältin Elisabeth Chappuis, die

Smood reagiert auf Anfragen wie immer: nämlich gar nicht.

seine Klage verfasst hat. Mehr noch: Gleichzeitig mit Bouazizi reicht je ein Smood-Fahrer eine ähnliche Klage auch in den Kantonen Genf, Neuenburg und Wallis ein, ebenfalls unterstützt von der Unia. Weitere sollen folgen. Die Klagen weisen detailliert nach, wo überall Smood und Simple Pay die Gesetze und Regeln nicht einhalten und Fahrerinnen und Fahrer prellen. Dabei geht es um viel Geld: Drei Fahrer erheben Anspruch auf 15 000 bis 28 000 Franken. Bei Maher Bouazizi sind es sogar gut 61 000 Franken.

1600 STUNDEN UNBEZAHLT

Etwa zwei Drittel davon sind nicht bezahlte Stunden. Das kann Bouazizi exakt beweisen, denn er hat von Anfang an Buch geführt. Die Summe seiner Smood-Schichten bis und mit März dieses Jahres beträgt demnach genau 3544 Stunden und 25 Minuten. Beahlt wurde er aber nur während 1928 Stunden und 9 Minuten. Denn Simple Pay trickst bei der Arbeitszeit und zählt nur die Minuten, in denen

die Fahrerinnen und Fahrer eine Bestellung ausliefern. Aber nicht die Rückfahrt und auch nicht die Wartezeit zwischen zwei Bestellungen. Und die könne lang sein, sagt Fahrer Maher Bouazizi: «Manchmal kommt zwei, drei Stunden lang keine einzige Bestellung.» Sein Verdienst in dieser Zeit: null.

Das sei illegal, kritisiert Anwältin Chappuis in der Klage. Auch die Genfer Schlichtungsbehörde, die sich diesen Februar nach dem Streik einschaltete, bezeichnete das Vorgehen von Simple Pay als «nicht akzeptabel». Tatsächlich ist die Verordnung des Bundesrates zum Arbeitsgesetz glasklar: Als Arbeitszeit «gilt die Zeit, während der sich der Arbeitnehmer oder die Arbeitnehmerin zur Verfügung des Arbeitgebers zu halten hat». Doch Simple Pay ignoriert dies.

Daneben, so Chappuis weiter, schulde Simple Pay Bouazizi gut 9700 Franken an Zuschlägen für Sonntags- und Nachtarbeit und rund 9800 Franken an Spesen. Für die gefahrenen Kilo-



UNTERSTÜTZUNG: Das Team der Unia Waadt begleitet Smood-Fahrer Bouazizi beim Einreichen seiner Klage. FOTO: UNIA

meter, aber auch für die Benutzung des privaten Handys und das Reinigen von Uniform und Smood-Tasche. Smood reagierte auf Anfrage von work in gewohnter Manier. Nämlich gar nicht.

KEINE ANTWORT

Anwältin Chappuis steigt die Treppe zum Gericht hoch und reicht die Klage ein. Gleichzeitig mit ihren Kolleginnen und Kollegen in Genf, Neuenburg und Sion. Die Unia-Delegation gruppiert sich fürs Foto, in der Mitte macht Maher Bouazizi das Victory-Zeichen (siehe kleines Foto). Dann steigt er wieder ins Auto und fährt heim nach Martigny.

Übrigens: Smood operiert auch in Martigny. Als Bouazizi vor zwei Jahren von der Waadt ins Wallis zügelte, fragte er an, ob er von dort aus arbeiten könne, statt jeden Tag nach Vevey zu pendeln. Er erhielt keine Antwort.

Die Unia rät: Smooders, führt Buch!

Die vier eingereichten Klagen zeigen: Smood und sein Subunternehmen Simple Pay foutieren sich ums geltende Recht. Doch in den meisten Kantonen schauen die Kontrollbehörden tatenlos zu. Mit dem Resultat, dass Smood bisher strafflos bleibt.

ALLES NOTIEREN. Schluss damit, sagt jetzt die Unia. Sie ermuntert alle Fahrerinnen und Fahrer, ihre geleisteten Arbeitsstunden und Kosten gewissenhaft aufzuzeichnen, als Grundlage für individuelle Gerichtsverfahren. Die Unia unterstützt ihre Mitglieder dabei. (che)

Von wegen «nachhaltigste Detailhändlerin der Welt»:

Migros verkauft Tomaten von Quäl-Plantagen

Beim spanischen Gemüseproduzenten Eurosol eskaliert's: Mitarbeitende werden schikaniert, Gewerkschaftsmitglieder werden geschasst, und ein Arbeiter nimmt sich das Leben. Doch Grosskundin Migros zaudert.

JONAS KOMPOSCH

Knackige Peperoni, saftige Tomaten und süsse Melonen – das und vieles mehr liefert das Agrarunternehmen Eurosol aus dem spanischen Almería an die Migros. Doch für den orangen Riesen wird der spanische Partner zunehmend zur Hypothek. Denn seine Produkte hinterlassen einen bitteren Nachgeschmack. Bereits im März schlug die andalusische Arbeitergewerkschaft SAT Alarm: Eurosol verweigere seinen 200 Erntearbeitenden nicht nur die obligatorische Mittagspause. Auch geleistete Überstunden würden nicht bezahlt. Zudem habe die Firma eine «gewaltige Repression» entfacht. Ziel sei es, sich der gewerkschaftlich aktiven Mitarbeitenden zu entledigen. Diese haben vor vier Jahren gestreikt – und damit bezahlte Pausen und Transportvergütungen durchgesetzt. Ihr Tageslohn übersteigt aber immer noch nicht 40 Euro. Doch nun hat der spanische Hilferuf Schweizer Verbündete auf den Plan gerufen.

«Der Chef hat mir verboten, auf die Toilette zu gehen.»

EUROSOL-ARBEITERIN LILIA*

Das kann SAT-Gewerkschafter José García beziffern: «Vor einem Jahr hatten wir bei Eurosol 60 Mitglieder, heute sind es noch 15!» Der Rest sei entlassen oder rausgemobbt worden. Der bislang tragischste Tiefpunkt: Andrius Jonaitis, ein litauischer Arbeiter mit dreizehn Dienstjahren auf dem Buckel, nahm sich das Leben – am gleichen Tag war ihm gekündigt worden. Auch davon liess sich Eurosol nicht aufhalten, sondern stellte fünfzig neue Arbeiter ein! Sie stammen allesamt aus Mali, wie ein work vorliegendes Firmendokument besagt. Gewerkschafter García erklärt: «Die neuen Kollegen aus der Subsahara sind der Willkür der Chefs ausgeliefert. Denn sie verstehen weder Spanisch noch die hiesigen Gesetze. Zudem werden sie isoliert, um nicht von den Älteren beeinflusst zu werden.» Diese Spaltungstaktik sei nicht neu. Schon vor Jahren seien die kämpferisch gewordenen marokkanischen Arbeitenden durch unerfahrene aus Osteuropa ersetzt worden. Der Plan scheint erneut aufzugehen: Kaum waren die Malier da, benutzte sie Eurosol, um einen neuen Betriebsrat zu installieren. Erfahrene Mitarbeitende und SAT-Mitglieder sind darin kaum mehr vertreten. Parallel dazu gingen die Schikanen gegen Gewerkschaftsaktive weiter.

KEIN WC, KEINE PFLASTER

Nämlich die Bauerngewerkschaft Uniterre, die Plattform für eine sozial nachhaltige Landwirtschaft Agrisodu, die gewerkschaftsnahe Stiftung Solifonds sowie die Westschweizer Konsumentenorganisation FRC. Letztere hat die Entlassenen in Almería getroffen, zum Beispiel SAT-Mitglied Lilia*. Sie erhielt die Kündigung nach zehn Jahren Knochenarbeit in Eurosols Treibhäusern. Man habe sie ohne Corona-Maske erwischt, lautete die Begründung. Eine glatte Lüge sei das, sagt Lilia. Eurosol habe schon lange versucht, sie los zu werden – und zwar mit üblen Schikanen:

*Namen geändert



Viele von ihnen stammen aus Lateinamerika oder osteuropäischen Ländern wie der Ukraine. So auch Olga*. Ihre Familie lebt mitten im Donbass-Kriegsgebiet. Sie erzählt: «Wegen des Krieges bat ich darum, ausnahmsweise das Handy mit aufs Feld nehmen zu dürfen. Die Geschäftsleitung lehnte das kategorisch ab.» Das sei heuchlerisch, findet Olga. In der Tat inszeniert sich Eurosol öffentlich als Ukraine-Wohltäterin – wegen einer 2000-Euro-Spende ans Rote Kreuz!

UNTERSUCHUNG EINGELEITET

Uniterre, FRC, Agrisodu und Solifonds haben bei der Migros bereits mehrfach Beschwerden eingereicht. Das hat gewirkt. Denn die Migros setzt nach eigenen Angaben zunehmend auf «soziale Nachhaltigkeit». Sie ordnete deshalb eine Untersuchung an.

Doch den Untersuchungsbericht hält die Migros streng geheim! Und weil die Missstände in Almería kein Ende nehmen, kommen die Schweizer SAT-Verbündeten jetzt zu einem vernichtenden Urteil: Die Migros benutze den Bericht nur, um Zeit zu gewinnen. Und um letztlich «nichts zu unternehmen». Die Untersuchung sei offensichtlich so durchgeführt worden, dass Eurosol «in

TRAGISCHER TIEFPUNKT

Das kann SAT-Gewerkschafter José García beziffern: «Vor einem Jahr hatten wir bei Eurosol 60 Mitglieder, heute sind es noch 15!» Der Rest sei entlassen oder rausgemobbt worden. Der bislang tragischste Tiefpunkt: Andrius Jonaitis, ein litauischer Arbeiter mit dreizehn Dienstjahren auf dem Buckel, nahm sich das Leben – am gleichen Tag war ihm gekündigt worden. Auch davon liess sich Eurosol nicht aufhalten, sondern stellte fünfzig neue Arbeiter ein! Sie stammen allesamt aus Mali, wie ein work vorliegendes Firmendokument besagt. Gewerkschafter García erklärt: «Die neuen Kollegen aus der Subsahara sind der Willkür der Chefs ausgeliefert. Denn sie verstehen weder Spanisch noch die hiesigen Gesetze. Zudem werden sie isoliert, um nicht von den Älteren beeinflusst zu werden.» Diese Spaltungstaktik sei nicht neu. Schon vor Jahren seien die kämpferisch gewordenen marokkanischen Arbeitenden durch unerfahrene aus Osteuropa ersetzt worden. Der Plan scheint erneut aufzugehen: Kaum waren die Malier da, benutzte sie Eurosol, um einen neuen Betriebsrat zu installieren. Erfahrene Mitarbeitende und SAT-Mitglieder sind darin kaum mehr vertreten. Parallel dazu gingen die Schikanen gegen Gewerkschaftsaktive weiter.

Das Resultat der Eurosol-Untersuchung hält die Migros streng geheim!

allen Punkten konform war». Migros-Sprecher Patrick Stöpper widerspricht: Man versuche «aktiv, einen Beitrag zur Findung einer Konfliktlösung zu leisten». Tatsächlich sah sich Eurosol bereits zweimal gezwungen, mit der Gewerkschaft an den Verhandlungstisch zu sitzen. Das bestätigt SAT-Mann José García. Er sagt aber auch: «Eine Einigung liegt noch in weiter Ferne.» Besonders verweigere Eurosol nach wie vor die Wiedereinstellung der Entlassenen. Warum es genau hier harzt: Die mächtige Migros teilt die Forderung der Wiedereinstellung nicht! Laut Sprecher Stöpper setze man stattdessen auf «konstruktive Lösungsfindungen», «prophylaktische Konfliktvermeidung» und auf «Empfehlungen». Ob das genügt für die angeblich «nachhaltigste Detailhändlerin der Welt»?

Peter Bodenmann über die solare Revolution in Grenchols VS und anderswo

«Es geschehen im nicht mehr ganz so katholischen Wallis Wunder»

Im Februar lancierte die Walliser Oppositionszeitung «Rote Anneliese» den Plan, im sonnigen Saflischthal den grössten Solar-Park der Schweiz zu bauen: Grenchols Solar. Er schlug ein wie eine Bombe. Und mittendrin der ehemalige SP-Präsident, Hotelier und Ökologie-Experte Peter Bodenmann. work traf ihn auf ein Bier.

MARIE-JOSÉE KUHN

work: Peter Bodenmann, seit Jahren schreiben Sie auch im work über den ökologischen Wandel. Bisher waren Sie mit Ihrem Vertrauen auf die Segnungen des technischen Fortschritts ein eher einsamer Rufer in der linken Wüste. Das hat sich mit dem geplanten Solarpark im Walliser Dorf Grenchols jetzt völlig verändert. Warum?

Peter Bodenmann: In den letzten Monaten hat sich in Sachen Energie unheimlich viel getan. Zuerst versenkte der Bundesrat das Rahmenabkommen. Das wäre nicht nötig gewesen, man hätte es mit flankierenden Massnahmen sozial wasserdicht machen können. Etwa mit einem flächendeckenden Mindestlohn von 25 Franken. Ohne Rahmenabkommen gibt es aber absehbar auch kein Stromabkommen. Die Schweiz – und somit auch die Stromdrehscheibe Schweiz – isoliert sich noch etwas mehr.

Und dann kam der russische Angriffskrieg gegen die Ukraine. Die Sanktionen treffen vor allem Europa: Die Preise für Gas und Strom explodieren. Das spüren vorab die Menschen mit kleinen und mittleren Einkommen. Ausser man gleicht die Verluste aus, mindestens mit dem vollen Teuerungsausgleich für Löhne und Renten. Doch das geschieht bestenfalls teilweise. Hohe Preise für Öl, Gas und Strom machen andererseits alternative Energien wie etwa Solar- und Windenergie viel attraktiver. Darauf setzen jetzt die deutschen Grünen. Sie sind für den totalen Stop russischer Gaslieferungen für immer. Und für einen blitzschnellen ökologischen Umbau.

«AKW der nächsten Generation sind Papierfliegerli.»

das geschieht bestenfalls teilweise. Hohe Preise für Öl, Gas und Strom machen andererseits alternative Energien wie etwa Solar- und Windenergie viel attraktiver. Darauf setzen jetzt die deutschen Grünen. Sie sind für den totalen Stop russischer Gaslieferungen für immer. Und für einen blitzschnellen ökologischen Umbau.

Was heisst das konkret?

Windkraftanlagen sollen in Deutschland viel schneller als bisher bewilligt werden, so lange, bis diese 2 Prozent der Landesfläche beanspruchen. Bis 2032 sollen 200 Gigawatt-Solarpanel zusätzlich installiert werden. Auch auf Freiflächen.

Zeitverzögert wird diese grüne deutsche Lawine auch die Debatte in der Schweiz verändern. Mittelfristig werden bei uns die Kosten der Haushalte und der Unternehmen für Energie im Verhältnis zu heute sinken. Weil Windenergie und Solarstrom die günstigen Energieproduzenten sind. Aber kurzfristig führt dies zu Belastungen, die wir sozial abfedern können und müssen.

Zurück zu Grenchols: Warum soll in den Walliser Alpen der grösste Solarpark der Schweiz gebaut werden?

Weil die Windenergie in der Schweiz wenig Potential hat. Und ein zu teurer Ausbau der Wasserkraft verdammt wenig bringt. Wir aber in den Alpen phantastische Bedingungen haben. Beispiel: Das gleiche Solarmodul produziert auf der Totalp ob Davos 4 Mal mehr Winterenergie als auf dem Dach der Unia-Zentrale in Bern. Und davon 55 Prozent im Winter.

Fressen die bifazialen Solaranlagen denn nicht zu viel wertvolles Alpenland?

Der Alpenraum hat eine Fläche von 18 000 Qua-



EX-SP-PRÄSIDENT PETER BODENMANN: «Mit 12 Milliarden Franken Subventionen könnten wir den ökologischen Umbau bis 2032 hinbekommen.» FOTO: PEDRO RODRIGUES

dratkilometern, also 18 Milliarden Quadratmetern. Grenchols Solar beansprucht 5 Quadratkilometer. Wir müssen ein Winterloch von 25 Milliarden Kilowattstunden stopfen. Und das könnten wir mit rund 25 Anlagen in der Größenordnung von Grenchols. Die beanspruchen somit nur 0,6 Prozent des ganzen Alpenraums. Man kann auf Wiesen mit Solarpanels Schafe weiden lassen. Zum Vergleich: In Deutschland wollen die Grünen 2 Prozent der Landfläche allein für die Windkraft reservieren.

Das Oppositionsblatt «Rote Anneliese», bei dem Sie mitschreiben, hat das Projekt Grenchols im Februar lanciert. Wie war das Echo im Wallis?

Die Nummer hat recht eingeschlagen. In Grenchols sind inzwischen 90 Prozent der Bevölkerung für Grenchols Solar. Das schätzt Gemeindepräsident Armin Zeiter. Im Oberwallis sind es 80 Prozent. Und jetzt hat auch noch der Staatsrat Roberto Schmid, der im Wallis für die Energie zuständig ist, die Kurve hinbekommen. Er sagte kürzlich im «Walliser Bote»: «Bei der Solarenergie reicht es nicht, wenn wir auf möglichst vielen Dächern und Fassaden Solarpanels aufstellen. Wir brauchen grossflächige Solaranlagen. Diese wären die perfekte Ergänzung zur Wasserkraft...» Es geschehen im nicht mehr ganz so katholischen Wallis Wunder.

Und in der nächsten «Anneliese» feuern wir in Sachen Grenchols Solar übrigens noch nach.

Was denn?

Einige kritisieren, dass die Solaranlage in Grenchols in den Landschaftspark Binntal zu stehen kommen würde. Was unsere Kritikerinnen und Kritiker bisher aber offenbar nicht realisiert haben, ist: Bundesrätin Simonetta Sommaruga will genau dort – zusammen mit dem Walliser Staatsrat Roberto Schmid, Ständerätin Heidi Z'graggen und dem Leiter der Stiftung Landschaftsschutz Schweiz, Raimund Rodewald – ein

ganzes Hochtal mit einer grossen Staumauer unter Wasser setzen.

Hoppla, pikant! Hat der Bau neuer Staumauern denn überhaupt eine Chance? Realistisch gesehen, aus meiner Sicht nicht. Die Wasserkraft hat das Rennen gegen den Solarstrom verloren. Deshalb wollen die Schweizer Strombarone nur in die Wasserkraft investieren, wenn sie erstens 60 Prozent Subventionen bekommen und ihnen zweitens die Bergkantone beim Heimfall entgegenkommen. Und nicht nur das: Der Transfer von Sommerstrom in den Winter bringt auch keine zusätzlichen Wasserzinsen in die Kassen der Watterschlosskantone und ihrer Gemeinden.

«Sommaruga & Co. wollen eines der Hochtäler des Landschaftsparks Binntal unter Wasser setzen.»

Die rechten Parteien setzen auf eine neue Generation von AKW. Ist das falsch? Atomkraftwerke der nächsten Generation sind Papierfliegerli. Es gibt sie nicht. Und es ist absolut unverantwortlich, wenn wir die Atomkraftwerke weiterlaufen lassen. Schlicht und einfach, weil sie die Atombomben des Gegners in unserem Land sind. Man kann sie mit bunkerknackenden Raketen zerstören. Das hat inzwischen selbst die NZZ begriffen. Investitionen in unseren veralteten AKW-Park lohnen sich nicht. Von daher fallen 10 Milliarden Kilowattstunden Winterstrom weg.

Dazu kommt, dass wir im Winter schon heute 5 Milliarden Kilowattstunden Strom importieren. Und die dringend nötige Umstellung auf Elektroautos und Wärmepumpen benötigt zusätzlich Strom.

Bleibt die spannende Frage, ob wir diesen absehbaren Mehrverbrauch durch Effizienzgewinne wenigstens teilweise kompensieren können? Das ist nicht ausgeschlossen. Dann dürfte ein Auto auf 100 Kilometer nicht mehr als 12 Ki-

lowattstunden Strom verbrauchen. Und Luft-Wärme-Pumpen müssten massiv effizienter werden. Und so mit einer Kilowattstunde Strom sechs Kilowattstunden Heizwärme und Warmwasser produzieren. Harte Standards können dazu führen, dass es nur halb so viele schwere Brummer wie für Grenchols braucht.



GROSSES ECHO: Die «Rote Anneliese» lancierte die Diskussion um den Grenchols-Solarpark. Das PDF gibt's hier: www.rebrand.ly/solar-anneliese. FOTO: ZVG

Warum geht es eigentlich immer um Winterenergie?

Schlicht und einfach, weil wir ein Winterstromloch haben. Wer zu viel Geld hat, könnte auch importierten, synthetisch erzeugten Diesel verbrennen und mit diesem Strom und Wärme produzieren. Oder auf eine Wasserstoffrevolu-

tion hoffen. Doch das ist leider alles viel zu teuer. Man muss den ökologischen Umbau mit den Bausteinen voranbringen, die zur Verfügung stehen.

Wie reagiert die Energiewirtschaft auf Grenchols Solar? Über alle Erwartungen positiv. Alpiq ist mit im Boot. Axpo und die öffentlichrechtlichen Industriellen Werke Basel (IWB) sind interessiert.

Und was meinen die Grünen und die Umweltorganisationen?

Immer zu allem Nein sagen geht nicht mehr. Sie müssten sich aus meiner Sicht darauf konzentrieren, flankierende Massnahmen zu verlangen: Erstens: Abstellen aller bestehenden Atomkraftwerke, sobald die Schweiz mit Solarenergie zusätzlich 20 Milliarden Kilowattstunden Winterstrom mehr produziert als heute. Zweitens: Erhöhung der Restwassermengen. In den Bächen und Flüssen kann und soll wieder mehr Wasser fliessen. Drittens: weitgehender Verzicht auf den Ausbau der zu teuren Wasserkraft. Viertens: keine neuen Windräder in der Schweiz. Fünftens: Erhöhung der Biodiversität im Bereich von alpinen Freiflächenanlagen. Sechstens: erdverlegte Gleichstromkabel.

Und wer soll das alles bezahlen? Was noch niemand so recht glauben will: der alpine Winterstrom kostet nicht mehr als 5 Rappen pro Kilowattstunde, wenn man pro produzierte Kilowattstunde Winterstrom einmal eine Subvention von 50 Rappen bezahlt. Mit lächerlichen 12 Milliarden Franken Subventionen könnten wir den ökologischen Umbau bis 2032 auf die Reihe bekommen. Viel schneller und viel billiger, als dies die SP und die Grünen bisher glauben. Zumindest stromseitig.

Fortsetzung auf Seite 6



ERKENNEN SIE DEN RISS, DER DURCH DIE WELT GEHT?

Kämpfen Sie mit für globale Fairness? solidar.ch





Die Briefträgerin & die Internationale

Der 1. Mai ist vorüber. Die Briefträgerin hatte sich auf die Demonstration gefreut, die heute öfter Umzug genannt wird, was an Räbeliechthli und Läsetsunntig erinnert. Der «Blick» schrieb dann



Katrin Bärtschi ist Briefträgerin in Bern und Gewerkschafterin.

über die 1.-Mai-Paraden. Eins passt so wenig wie das andere. Ganz besonders freute sich die Briefträgerin auf das gemeinsame Singen der «Internationale», deren Text 1871 vom Pariser Kommunarden Eugène Pottier verfasst wurde, wie Wikipedia weiss. Pierre Degeyter, der, wie das an der Demo verteilte Liedtextflugi verriet, die Melodie dazu komponierte, war ein belgisch-französischer Sozialist. Die «Internationale» sei das «weltweit am weitesten verbreitete Kampflied der sozialistischen Arbeiterbewegung».

ARBEITSWELT. Sie berührt das Herz, auch wenn die Briefträgerin inhaltlich nicht (mehr) mit allem einverstanden ist. So will sie kein Gefecht, und wäre es das letzte! Sie träumt auch nicht von der Revolution. Zu oft bringt diese nur eine neue Garnitur von Machtgierigen ans Ruder. Die Zustände aber, die das alte Lied anprangert,

Das Kampflied der sozialistischen Arbeiterbewegung berührt das Herz.

sind real und die aus ihnen abgeleiteten Parolen wegweisend: «Alle Räder stehen still, wenn unser starker Arm es will», «gemeinsam sind wir stark», «hoch die internationale Solidarität». Schade nur, dass die Wirklichkeit der Arbeitswelt eine andere Sprache spricht: Solidarität, Mut und Widerstand sind selten. Das erwartete Gefühl stellte sich dann nicht ein beim Singen. Die Briefträgerin kam sich vor wie an einem Ehemaligentreffen, die erhobenen Fäuste wirkten kraftlos. Im Unterschied zum Glück zu den jungen Rednerinnen, die viel Applaus erhielten. «Schon ihre Power steckt an», sagte Mehmet, der einzige Arbeitskollege, dem die Briefträgerin an der Veranstaltung begegnete. Gesättigt und getränkt von Risotto und Sandinowein, traf sie dann an einem Stand auf die junge grüne Rednerin. Und sagte: «Ohne euch überfordern zu wollen: ihr seid Hoffnungsträgerinnen!» Die Junge schien's zu freuen.

P. S. zum letzten Beitrag: Die Briefträgerin war bei der Schlichtungsbehörde und hat eine richtig lange Mieterstreckung erhalten, worüber sie froh und erleichtert ist. Sich wehren nützt!

Abstimmungen vom 15. Mai: Eine Kurzbilanz
Ein bisschen Licht, aber auch viel Schatten

Das Abstimmungswochenende hat aus gewerkschaftlicher Sicht ein paar Erfolge gebracht, aber leider auch etliche Niederlagen. Einige ausgewählte Resultate.

CLEMENS STUDER

National. Transplantationsgesetz: Wer keine Organe spenden will, muss dies künftig ausdrücklich festhalten. **Filmgesetz:** Die internationalen Streamingdienste können künftig in der Schweiz nicht einfach nur abkassieren – sondern müssen in das heimische Filmschaffen investieren. **Frontex:** Die Schweiz bezahlt noch mehr Millionen an die korruptionsumwitterte und menschenrechtsverletzende EU-Grenzwachorganisation Frontex. Dafür eingesetzt hat sich an vorderster Front die «Operation Libero» mit dem zynischsten Sujet der ganzen Kampagne: einem rettenden Handschlag. Wo es doch gerade um das Gegenteil geht: das Zurückstossen von Fliehenden zu Lande und zu Wasser. Die Abschottungspolitik der EU kostete seit 1993 über 44 000 Menschenleben. Und schafft unendliches Leid (siehe auch die Exklusiv-Reportage von der Balkanroute auf den Seiten 10 – 11).

Stadt Zürich. City Card: Trotz dem massiven rechten Sperrfeuer, das von den lokalen Ablegern der nationalen Medienkonzerne unterstützt wurde, hat die Stadtzürcher Bevölkerung Ja zur «Züri City Card» gesagt. Die City-Card ist eine städtische Identitätskarte, mit der sich alle Menschen, die in der Stadt Zürich wohnen, ausweisen und so ihre Grundrechte wahrnehmen können – unabhängig von ihrem aktuellen Aufenthaltsstatus. Für Sanspapiers ist das

Die Stadtzürcher Bevölkerung sagt Ja zur «Züri City Card».

existentiell. Werden sie Opfer von Gewalt und Ausbeutung und können sich nicht ausweisen, können sie auch keine Anzeige erstatten. Und sie können selber keinen Handyvertrag abschliessen, keine eigene Wohnung mieten und riskieren ihre Ausschaffung, wenn sie sich ärztlich behandeln lassen. Wenn sich jetzt – so die Idee – auch viele offiziell in der Stadt Zürich niedergelassene Menschen mit der City Card ausweisen, lässt sich auch kein Rückschluss mehr auf den Aufenthaltsstatus ziehen.

Kanton Zürich. Elternzeit-Initiative: Mit nur gerade 14 Wochen Mutterschutz und 2 Wochen Vaterschaftsurlaub hinkt die Schweiz ihren Nachbarländern und anderen europäischen Staaten meilenweit hinterher. Zumindest für den Kanton Zürich wollte das eine von den Gewerkschaften unterstützte SP-Initiative ändern.



SIEG FÜR DIE SCHWÄCHSTEN: Das Ja zur «City Card» gibt Papierlosen in Zürich Hoffnung, sich künftig gegen Ausbeutung und Gewalt wehren zu können. FOTO: KEYSTONE

Sie verlangte eine Elternzeit von je 18 Wochen für Mutter und Vater. Die rechten Parteien bekämpften sie – und hatten Erfolg. Bemerkenswert, aber nicht überraschend: Die rechten Grünen von der GLP gehen zwar mit der Forderung nach einer paritätischen Elternzeit schweizweit auf Stimmenfang, aber wenn's konkret wird, schlagen sie sich auf die Seite der reaktionären Wirtschaftsverbände. Im Zürcher Kantonsrat versenkten sie einen Kompromiss, der 14 Wochen vorsah. Und für die Initiative setzten sie sich auch in der Volksabstimmung nicht ein.

St. Gallen. Ladenöffnungszeiten: Shoppen auch am Tag des Herrn – wegen des Klosters. So kann die St. Galler Sonntagsverkaufsregelung zusammengefasst werden. In einem sogenannten Tourismus-Perimeter dürfen die Läden montags bis samstags von 6 bis 20 Uhr und am Sonntag von 10 bis 17 Uhr geöffnet sein. Das beschloss die Stadtregierung im Jahr 2020 eigenmächtig.

Eine Initiative der fortschrittlichen Parteien und der Gewerkschaften wollte das korrigieren. Sie kam knapp nicht durch – ebenso wenig wie ein Gegenvorschlag, der wenigstens den Sonntag verkaufsfrei halten wollte.

Aargau. Steuern I: Dem Kanton und den Gemeinden fehlen wegen einer Steuergesetzrevision künftig jährlich 123 Millionen Franken.

Eine entsprechende Vorlage wurde an der Urne gutgeheissen. Die 123 Millionen kassieren jetzt in erster Linie die 1300 profitabelsten Firmen. Bezahlen für die Ausfälle werden alle müssen, mit höheren Gebühren und Gemeindesteuern.

Solothurn. Steuern II: Auch im Kanton Solothurn sinken die Steuern. Wenn auch nicht ganz so radikal, wie ein nur von der SVP unterstütztes Initiativkomitee wollte. Der Gegenvorschlag von Regierung und Parlament machte mit einem Zufallsmehr das Rennen. Obwohl die Mehrheit der Gemeinden dagegen war. Jetzt fehlen Kanton und Gemeinden mindestens 60 Millionen pro Jahr in den Kassen. Bei der Initiative wären es 270 Millionen gewesen. **Sozialhilfe I:** Keine Chance hatte eine SVP-Initiative, die Geflüchteten noch weniger Sozialhilfe bezahlen wollte als jetzt schon.

Basel-Land. Sozialhilfe II: Pech haben dagegen auf Sozialhilfe Angewiesene im Kanton Basel-Land. Vom sowieso schon zu tiefen Grundbedarf werden ihnen nach 2 Jahren erfolgloser Stellensuche noch einmal 40 Franken pro Monat abgezogen. «Aus Motivationsgründen», so die zynische Argumentation der rechten Parteien. SP und Grüne haben sich zusammen unter anderem mit Hilfswerken und den katholischen Kirchgemeinden gewehrt.

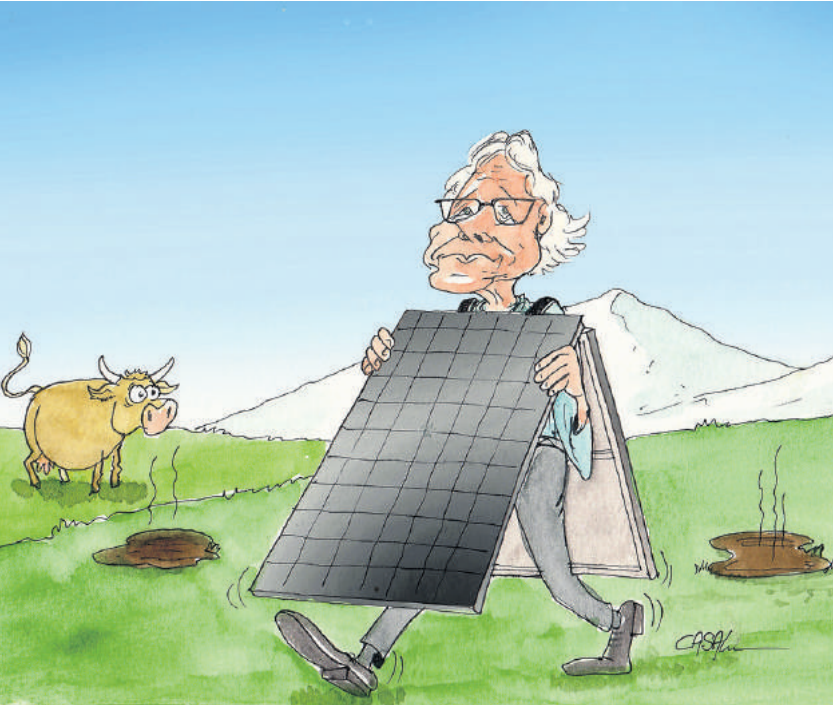
«Es geschehen im nicht mehr ganz so katholischen Wallis Wunder» Fortsetzung von Seite 5

Wer profitiert eigentlich von den 2 Rappen Solarzins pro Kilowattstunde Winterstrom, die der Grengiols-Plan vorsieht?

Auf über 1800 Metern über Meer gehört der Boden fast überall Burgerschaften oder Kooperationen. Sie waren die Urzellen eines oft etwas idealisierten hochalpinen Kommunismus. Zum Beispiel befasste sich Volkskundeprofessor Arnold Niederer selig als Wissenschaftler intensiv mit der Lötschentaler Welt, in der man nur dank Kooperation und gemeinsamem Eigentum überleben konnte. Niederer war in seiner Jugend übrigens Trotzkist. Oder die US-Wirtschaftsnobelpreisträgerin Elinor Ostrom, die als erste Frau 2009 diesen Preis erhielt. Der Titel ihres Buches, das sich mit Törbel befasst, heisst: «Die Verfassung der Allmende. Jenseits von Staat und Markt». Törbel ist eine jener Walliser Gemeinden mit grossem Solarpotential. So wie Grengiols auch.

Es geht übrigens nicht nur um den Solarzins. Nein, alle sollen ihre Gewinne in den Standortgemeinden versteuern. So wie dies die Energie Electrique du Simplon (EES) als einzige Wasserkraftwerkgesellschaft auch dank mir als aktivistischem Kleinaktionär in Gondo und Simplon Dorf macht. Noch nicht begonnen hat die Debatte, wie man diese Gelder im Alpenraum intelligent verwendet.

Und wie geht es nun weiter? Die Gemeinde und die Burgerschaft Grengiols entscheiden am 8. Juni 2022, ob sie einsteigen wollen. Einiges spricht dafür, dass eine gemeinnützige Stiftung 5 Millionen Franken bereitstellen wird, damit alle offenen Fragen umfassend geklärt werden können. Und alt Bundesrat Pascal Couchepin macht auch mit. Denn Solarstrom ist weder rechts noch links. Wenn das keine guten Nachrichten sind!



DA GAFFEN DIE KÜHE: Solar-Vordenker Peter Bodenmann als «bifazialer Peter» trägt die Solar-Revolution in die Walliser Alpen. KARIKATUR: LE NOUVELLISTE



PFLEGEHELPERIN ELITSA PETKOVA:
«Um einen Menschen rund um die Uhr zu betreuen, braucht es mehr als eine Pflegerin.» FOTO: DANIEL AMMANN

Pflegehelferin Elitsa Petkova mag nicht länger schweigen: «Ich habe viel zu erzählen!»

Es könne einfach nicht mehr so weitergehen, schrieb Altenpflegerin Elitsa Petkova (55) per Mail. Und sie bat work um baldigen Rückruf.

CHRISTIAN EGG
Das Gespräch dauerte mehr als zwei Stunden. So viel hat die Pflegerin, die 2013 aus Bulgarien kam, um hier ältere Menschen rund um die Uhr und zu Hause zu pflegen, schon erlebt. Und so vieles, was ihr immer mehr zusetzt. Elitsa Petkova hat bei verschiedenen Arbeitgebern in der Branche gearbeitet und sagt dennoch: «Leider sind die Bedingungen überall etwa gleich schlecht.» Im Auftrag einer Zürcher Firma pflegte sie zum Beispiel einen fast 90jährigen Mann. Petkova: «Er war ein Hektiker. In der Nacht war er immer wach.» Als Betreuerin war sie 24 Stunden für ihn verantwortlich und lebte im gleichen Haushalt. «Ich konnte nicht sagen: Jetzt bin ich müde, ich gehe in mein Zimmer und tschüss.» Vielmehr

musste sie auch in der Nacht mehrmals aufstehen und sich um den Mann kümmern. Auf Dauer halte das niemand durch, sagt sie. Und schon gar nicht für 26 Franken Stundenlohn. Brutto! «Wenn ich dreimal in einer Nacht aufstehen muss, dann habe ich die ganze Nacht gearbeitet und kann mich nicht erholen!» Doch die Firma wollte Petkova nur die einzelnen Stunden zahlen und nicht die ganze Nacht.

KEINE ERHOLUNG
Ganz ähnlich bei einer Patientin am Zürichsee, die sie später für einen anderen Arbeitgeber betreute. Auch diese Seniorin war nachtaktiv, wollte sich bis spät mit ihrer Betreuerin unterhalten. Petkova: «Und danach lief der Fernseher in voller Lautstärke, so dass ich nebenan keine Chance auf Schlaf hatte.» Laut Vertrag betrug die Arbeitszeit nur neun Stunden, tagsüber. Petkova: «Mehr wollte der Arbeitgeber nicht bezahlen.» Eigentlich sei es logisch, sagt die Frau, die auch Unia-Mitglied ist: «Um einen Menschen rund um die Uhr zu betreuen, braucht es mehr als eine Pflegerin.»

Aber das kostet. Und genau das sei der Kern des Problems: «Niemand will für eine anständige Pflege bezahlen.» Eine weitere Schwierigkeit: Bei kranken Menschen könne immer etwas passieren. Zwar böten die Firmen meist einen Pikettdienst für die Pflegenden an. Doch im Notfall sei darauf kein Verlass. Das hat Petkova beim rastlosen Senior erleben müssen: Mitten in der Nacht habe sie ein dumpfes Geräusch gehört. «Ich schreckte auf und ging nachsehen. Der Mann lag am Boden und blutete stark.» Offensichtlich war er umgefallen.

KEINE UNTERSTÜTZUNG
Umgehend rief Petkova die Sanität und kontaktierte den Pikettdienst. Doch dort nahm niemand ab. Erst fünf Stunden später habe der Pikettdienst zurückgerufen und wollte wissen, was los sei. «Da war der Mann längst im Spital.» Die Diagnose: eine Kopfverletzung und drei Rippenbrüche. Petkova betont: «In der Ausbildung zur Pflegehelferin wurde uns eingeschärft: Weiterleiten ist ein Muss!» Zwar hat Petkova beim Roten Kreuz die Ausbildung zur Pflegehelferin gemacht, dennoch habe sie nicht dasselbe fachliche Rüstzeug wie eine diplomierte Pflegefachfrau, sagt sie. Also hat sie ihren Vorgesetzten immer gemeldet, wenn sich an der Gesundheit ihrer Patientinnen oder Patienten etwas änderte. Doch die schienen sich dafür nicht zu interessieren: «Sie machten einen gelangweilten Eindruck, wenn ich etwas berichtete. Sie warfen mir sogar vor, ich rufe zu oft an.»

So etwas ist belastend. Ob sie das noch lange mitmacht, weiss Petkova deshalb nicht. Gelernt hat sie eigentlich Dolmetscherin. Sie spricht nicht nur fließend Deutsch und Bulgarisch, sondern auch Russisch, Serbisch und Kroatisch. Sie überlegt sich jetzt, ihr Dolmetscherinnendiplom in der Schweiz anerkennen zu lassen. Am Anfang habe es schon gepasst, ältere Menschen zu betreuen. «Aber so, wie die Arbeitgeber mit den Pflegenden umspringen, macht die Arbeit einfach keine Freude mehr.»

«Ich hatte keine Chance auf Schlaf.»
PFLEGERIN ELITSA PETKOVA
mer gemeldet, wenn sich an der Gesundheit ihrer Patientinnen oder Patienten etwas änderte. Doch die schienen sich dafür nicht zu interessieren: «Sie machten einen gelangweilten Eindruck, wenn ich etwas berichtete. Sie warfen mir sogar vor, ich rufe zu oft an.»

Finnlands Pflege-Leute drohen: Lohn, oder wir gehen!

Weil sich bei den Löhnen seit Jahren nichts tut, gehen Finnlands Pflegende jetzt in die Offensive. Und drohen mit einer Massenkündigung.

RALPH HUG
Da waren's im Unispital nur noch 100 statt 1500: Anfang April machten die Pflegerinnen in Finnlands Spitälern Ernst und gingen aus Protest gegen zu tiefe Löhne auf die Strasse. Grosse Spitäler in den Städten Helsinki, Oulu und Tampere mussten den Betrieb stark einschränken. Und spürten sofort, was es heisst, wenn das Pflegepersonal fehlt. Nur noch die nötigsten Funktionen waren besetzt. Zum Protest aufgerufen hatten die beiden Gewerkschaften Tehy und SuPer. Geschätzte 25000 Arbeitende beteiligten sich an der Streikaktion in insgesamt sechs Spitaldistrikten.

STAATLICHE EINSCHÜCHTERUNG
Ihre Forderung: Die Löhne sollen in den nächsten fünf Jahren um jährlich 3,6 Prozent steigen. Heute liegen sie oft bei nur 2900 Euro pro Monat, teils auch klar weniger.

Nach der ersten Streikwelle war noch eine zweite geplant. Eine noch grössere: Rund 35000 Pflegerinnen und Pfleger in 13 Distrikten sollten die Arbeit niederlegen. Doch dazu kam es nicht. Am 20. April bliesen die Gewerkschaften diese entscheidende Aktion ab. Obwohl keine Einigung in Sicht ist. Der Grund: Das Gesundheitsministerium hatte gedroht, das Streikrecht für Pflegerinnen und Pfleger einzuschränken. Und zwar



«GELD HER!»: 25 000 Streikende fordern mehr Lohn. FOTO: MARKKU ULANDER

mit einem umstrittenen «Gesetz zur Patientensicherheit». Damit können Pflegende zum Dienst verpflichtet werden, wenn die Gesundheit und das Leben von Patientinnen und Patienten auf dem Spiel steht. Auch hatten die Spitaldirektionen über «untragbare Risiken» infolge der Proteste geklagt.

SHOWDOWN IM DEZEMBER
Jetzt haben die Gewerkschaften auf Ende Jahr eine andere Kampfmethode in Aussicht gestellt: Statt streiken sollen die Pflegenden kündigen! Und zwar möglichst viele aufs Mal. So, dass die Spitäler gar keine andere Wahl mehr haben als einzulenken.

Das hat schon einmal geklappt: 2007, als es um den Gesamtarbeitsvertrag ging. Der Erfolg war durchschlagend! Mehr als ein Drittel der Pflegenden hatten damals die Kündigung eingereicht. Die Arbeitgeber lenkten schliesslich weitgehend ein und konnten damit die Massenkündigung in letzter Minute abwenden. Der Zeitpunkt für eine neuerliche Massenkündigung Ende dieses Jahres ist bewusst gewählt. Ab 2023 gehen die Spitäler von den Gemeinden und Regionen auf den Staat über. Dort rechnen sich die Gewerkschaften mehr Chancen aus, Lohn-erhöhungen für die Pflegenden herauszuholen, als bei den finanziell gebeutelten Kommunen.

Übrigens protestieren in Finnland derzeit nicht nur die Pflegenden. Auch die Gemeindeangestellten führen Streikaktionen für bessere Löhne durch. Bibliotheken, Sportstätten, Museen und Kulturzentren blieben vom 3. bis 9. Mai geschlossen.

Pflegerinnen und Pfleger fordern: Die Pflege-Initiative sofort umsetzen! Drei Jahre warten? Das geht nicht!



TRANSPI-AKTION: Pflegende in der Zentralschweiz. FOTO: UNIA



ROLLATOR-PROTEST: Kreative Aktion in St. Gallen. FOTO: UNIA



«GENUG!» Zürcher Pflegerinnen reden Klartext. FOTO: UNIA



DEMO: Abschluss vor dem Berner Rathaus. FOTO: MANU FRIEDRICH

Von Basel bis Bellinzona, von Aarau bis Reconvieler im Berner Jura: In der ganzen Schweiz gingen am 12. Mai Pflegerinnen und Pfleger auf die Strasse und forderten von Arbeitgebern und Politik: Macht endlich vorwärts und verbessert die Arbeitsbedingungen!

JETZT HANDELN! Trotz dem überwältigenden Ja zur Pflegeinitiative im November zögert der Bundesrat bei der Umsetzung. Geht es nach ihm, werden die Arbeitsbedingungen in der Branche erst in drei bis vier Jahren verbessert. Viel zu spät! Schliesslich sind die Pflegenden schon seit Jahren am Anschlag. Deshalb fordern sie auch von Kantonen, Gemeinden und privaten Arbeitgebern sofortige Massnahmen, um Löhne und Arbeitszeiten zu verbessern. (che)

Zukunft der EU
Mehr Eigenständigkeit

Steht die Europäische Union vor grossen Veränderungen? Tausende EU-Bürgerinnen und -Bürger haben sich seit einem Jahr intensiv an einer Zukunftskonferenz beteiligt. Und in Bürgerforen Antworten auf die grossen Zukunftsfragen der EU ausgearbeitet. Diese wurden jetzt im Europäischen Parlament in Strassburg vorgestellt. Gemeinsam ist allen



Andreas Rieger war Co-Präsident der Unia. Er ist in der europäischen Gewerkschaftsbewegung aktiv.

Antworten der Wunsch nach stärkerer europäischer Eigenständigkeit. Die Abhängigkeit Europas von globalisierten Lieferketten hatte sich bereits in der Coronakrise gezeigt, etwa der Medikamentenproduktion. Angesichts des Kriegs in der Ukraine zeigt sich die Abhängigkeit der EU-Länder vom importierten Öl und Gas nun noch deutlicher. Aber auch die geopolitische Abhängigkeit von den USA. Kein Wunder, wenn die EU-Zukunftskonferenz nun die Entwicklung einer gemeinsamen und autonomen europäischen Aussenpolitik fordert. Und eine eigenständige Sicherheits-, Industrie- und Energiepolitik.

Die Abhängigkeit Europas sehen viele als Problem.

VERFASSUNGSÄNDERUNGEN. Damit das möglich wird, braucht die EU allerdings strukturelle Veränderungen. Zum Beispiel müsste das bei den meisten wichtigen Fragen geltende Prinzip der Einstimmigkeit der 27 Mitglieder durch ein qualifiziertes Mehr abgelöst werden. Ebenfalls müsste das EU-Parlament gegenüber der Kommission mehr Rechte erhalten. Sozialrechte müssten ein grösseres Gewicht erhalten als Marktrechte. Und schliesslich bräuchte die EU neue Einnahmen.

All das ist aber nur möglich, wenn die EU ihre Verträge und ihre Verfassung ändert. Jahrelang war dies ein Tabu. Doch jetzt schlagen Frankreich und andere «lateinische» Länder einen sogenannten Verfassungskonvent vor, neuerdings unterstützt von Deutschland. Um dort genau über diese Veränderungen zu debattieren. Aber auch die Bremserinnen und Bremser formieren sich, die der EU keine weiteren Kompetenzen geben wollen. Das sind Dänemark und weitere nordische Länder in einem befremdlichen Bündnis mit Polen und anderen Ländern Osteuropas.

VORWÄRTS UND ZURÜCK. Wie das Seilziehen ausgehen wird, ist ungewiss. In der Vergangenheit machte die EU nach Krisen immer wieder Schritte vorwärts. Die Coronakrise und der Überfall Russlands in der Ukraine zeigen nun, dass Veränderungen dringlich sind.



Welche Verbesserungen für das Bäckergerwerbe?

Der Gesamtarbeitsvertrag (GAV) für das Schweizerische Bäcker-, Konditoren- und Confiseurgerwerbe wird neu ausgehandelt. Deshalb fragt die Unia die Arbeitnehmenden aus der Branche: Wo braucht es bessere Arbeitsbedingungen? Was ist für dich wichtig? Deine Meinung zählt:
www.unia.umfrage-baeckerei

Eine kleine Geschichte des Lohnausgleichs
Teuer, teurer, Teuerungsausgleich!



Die Teuerung war lange kein Thema. Doch jetzt ist sie zurück. Und mit ihr auch der Kampf um den Teuerungsausgleich.

RALPH HUG

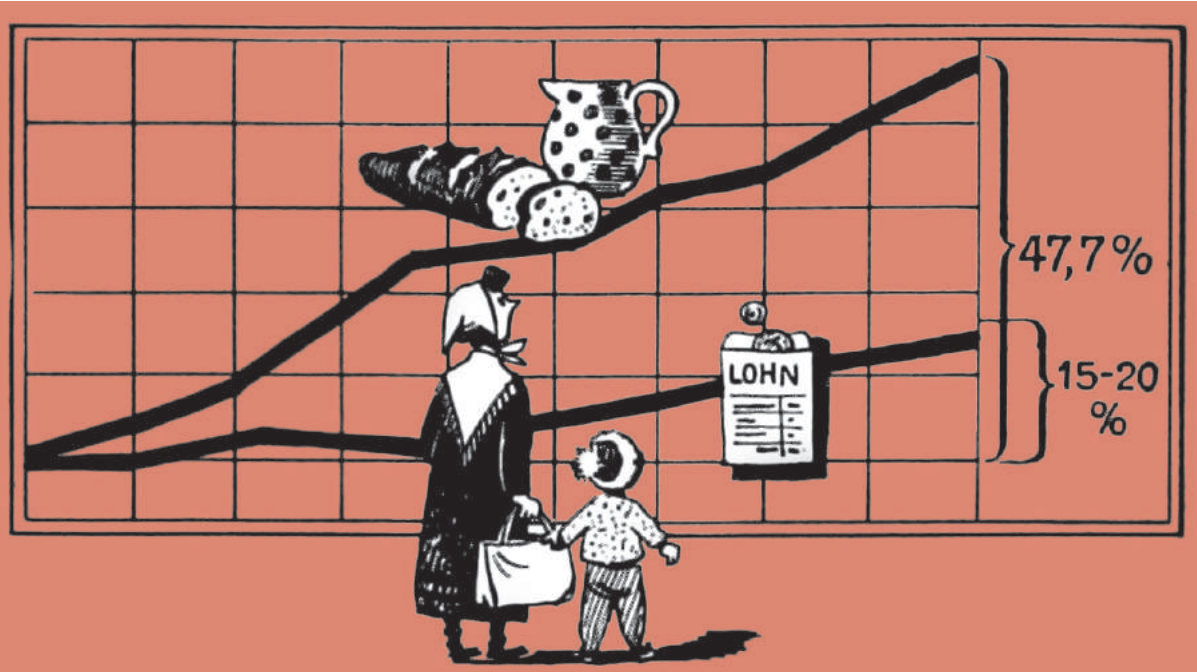
Wir erleben einen Umbruch. Vierzehn Jahre lang hatten wir keine Teuerung. Jetzt gibt es erstmals seit 2008 wieder eine Inflation von mehr als zwei Prozent. Plötzlich wird der Ausgleich der Teuerung bei den Löhnen wieder wichtig. Ohne den würde die Kaufkraft der Beschäftigten schnell sinken (siehe Seite 9).

DURCHBRUCH IN DEN 1950ERN

Jahrzehntelang gehörte der Kampf um den Teuerungsausgleich zu den wichtigsten Aufgaben einer Gewerkschaft. Der Durchbruch gelang in den 1950er Jahren: Erstmals konnte der Teuerungsausgleich in Gesamtarbeitsverträgen (GAV) verankert werden. Damit war er als fester Bestandteil der Lohnfindung etabliert. Eine grosse soziale Errungenschaft: Sie verhinderte Arbeitgeberwillkür und das langsame Abrutschen der Löhne unter den gesamtarbeitsvertraglich geschützten Bereich. War 1957 in 17 Prozent der GAV der Teuerungsausgleich erwähnt, stieg dieser Anteil in den folgenden drei Jahrzehnten auf 68 Prozent. Laut einer Studie von Daniel Oesch, früherem Ökonomen beim Gewerkschaftsbund und jetzt Professor an der Uni Lausanne, enthielten im Jahre 1991 zwei Drittel aller GAV eine Teuerungsklausel. Hinzu kam eine weitere Errungenschaft, nämlich der automatische Teuerungsausgleich.

BRUCH IN DEN 1990ERN

Doch die 1990er Jahre brachten auch einen grossen Bruch. Vor dem Hintergrund der Deregulierungswelle erklärten die Arbeitgeber den Teuerungsausgleich plötzlich für gestorben. Oder sie drängten ihn aus den Branchen-GAV hinaus. Fortan sollten die Löhne nur noch



WENN BROT UND MILCH IMMER MEHR KOSTEN: Die obere Linie zeigt die Teuerung, die untere den Lohnausgleich. Die Illustration stammt vermutlich aus den 1930er Jahren. FOTO: SOZIALARCHIV/BESTAND VHTL

betriebsweise ausgehandelt werden, so etwa in der Maschinen- und Metallindustrie. In den Betrieben sahen die Unternehmer mehr Chancen, ihre Macht gegen die Personalkommissionen auszuspielen. Der Angriff zielte vor allem auf den automatischen Teuerungsausgleich. Ihn wollten die Unternehmer unbedingt los werden, um sich die Mittel selber oder ihren Aktionärinnen und Aktionären in die Tasche zu stecken.

GEGEN LOHNERHÖHUNGEN

Dabei kamen ihnen die tiefen Inflationsraten gerade recht. Dagegen hatten es die Gewerkschaften in den 1970er Jahren mit ihrer hohen Inflation noch leichter gehabt, den Teuerungsausgleich durchzusetzen. «In nur drei bis vier Jahren verschwand der automatische Teuerungsausgleich fast komplett aus den GAV», hielt Oesch in der erwähnten Studie fest. Stets solide verankert war dieser Schutz nur im Landesmantelvertrag des Baugewerbes.

Auch generelle Lohnerhöhungen waren den Patrons ein Dorn im Auge. Sie wollten fortan nur noch individuelle und so-

genannt leistungsbezogene Anpassungen gewähren – und zwar gerade so, wie es ihnen passte. Eine Strategie, die sie bis heute durch-

1991 enthielten zwei Drittel aller GAV eine Teuerungsklausel.

zieht. So wurden letztes Jahr laut dem Bundesamt für Statistik lediglich 21 Prozent der in den GAV für Lohnerhöhungen bestimmten Summe gleichmässig an die Beschäftigten verteilt. 79 Prozent wurden individuell ausbezahlt. Dieser Verschlechterung konnten die Arbeitnehmenden lange Zeit wenig entgegensetzen, der Trend war zu stark. Spektakulär war daher der Abschluss eines neuen GAV in der Maschinen- und Metallindustrie im Jahr 2018. Nach mehrjährigen harten Verhandlungen gelang es der Unia, den automatischen Teuerungsausgleich für Mindestlöhne hineinzuschreiben.

DER KAMPF GEHT WEITER

Wenn die Konsumentenpreise jetzt wieder deutlich anziehen, ist absehbar, dass der Teuerungs-

gleich in den nächsten Lohnverhandlungen zum grossen Thema wird. Wie in früheren Zeiten. Und auch die Teuerungsklausel – sofern nicht vorhanden – droht in den GAV-Verhandlungen wieder zum Kampffeld zu werden. Alles spricht dafür, dass die Nullteuerungsphase definitiv vorbei ist. Die USA ächzen bereits jetzt unter einer hohen Inflation von über 8 Prozent. Die deutsche Bundesbank rechnet mit einer Rate von 7 Prozent für das laufende Jahr 2022.

AUCH BEI DEN RENTEN

Der Gewerkschaftsbund hat den Chefinnen und Chefs bereits signalisiert, dass der Wind gedreht hat. An der letzten Versammlung Anfang Mai forderten die SGB-Delegierten generelle Lohnerhöhungen mit Teuerungsausgleich und einen Reallohnzuwachs als Beteiligung an der guten Wirtschaftsentwicklung. Die Teuerung soll aber nicht nur bei den Löhnen voll ausgeglichen werden, sondern auch bei den Renten, und zwar sowohl bei der AHV (wo es nur alle paar Jahre eine Anpassung gibt) als auch bei den Pensionskassen.

Zertifikat der Europäischen Stiftung für Qualitätsmanagement
Unia-Arbeitslosenkasse noch besser

Auszeichnung für die Arbeitslosenkasse der Unia. Sie erhält ein weiteres renommiertes Zertifikat.

CLEMENS STUDER

Bereits 2019 wurde die Unia-Arbeitslosenkasse (ALK) als erste Kasse der Schweiz mit dem EFQM-Zertifikat «Committed to Excellence» ausgezeichnet. Beim «EFQM Excellence Modell» handelt es sich um ein angesehenes europäisches Qualitätsmanagement-System. Es umfasst die drei Säulen: Menschen, Prozesse, Ergebnisse. Entwickelt hat es 1988 die European Foundation for Quality Management. Doch auf dem Erfolg von 2019 ruhte sich die Unia-ALK nicht aus. Denn das Anerkennungsprogramm im hochangesehenen EFQM-Modell ist mehrstufig.

Die Anstrengungen haben sich gelohnt: Die Unia-ALK er-



ZUFRIEDENE KUNDEN: Drei-Sterne-Zertifikat für die Unia-Arbeitslosenkasse. FOTO: UNIA / MONTAGE: NINOTCHKA.CH

hielt jetzt auch noch das EFQM-Zertifikat «Recognized by EFQM 3 Stars». Der Zertifizierungsprozess dauerte knapp zwei Jahre. In einem detaillierten Self-Assessment identifizierten die Mitarbeitenden weiter zu verbessernde Handlungsfelder und setzten entsprechende Projekte um. Zwei Assessoren haben diesen März an drei Tagen die Do-

kumente geprüft und Interviews mit ausgewählten Personen geführt.

GRÖSSTE IM LAND. Die Arbeitslosenkasse der Unia ist die grösste im Land und die einzige, die im ganzen Land vertreten ist. Im Jahr 2020 hat sie rund 1,5 Milliarden Franken ausbezahlt und hat einen Marktanteil von 25,5

Prozent. Mit 68 Zahlstellen ist sie nahe bei den Menschen. Sie ist offen für alle Arbeitnehmenden – ob Unia-Mitglieder oder

Die Betroffenen sind mit den Leistungen der Unia-ALK zufrieden.

nicht. Und die Betroffenen sind mit den Leistungen zufrieden. Das zeigt eine Befragung von 141 772 Stellensuchenden, die das Staatssekretariat für Wirtschaft (Seco) zwischen dem 6. Mai und dem 11. Juni 2021 durchgeführt hat. Bei der Beurteilung, ob die Stellensuchenden mit den Dienstleistungen ihrer Arbeitslosenkasse insgesamt zufrieden seien, gaben die Versicherten der Unia-Arbeitslosenkasse eine Note 5,0 von 6,0, während der Durchschnitt aller Arbeitslosenkassen bei 4,9 lag.



Steigende Preise, steigende Prämien, steigende Mieten

So können wir unsere Kaufkraft retten

Nach über einem Jahrzehnt ist die Teuerung zurück. Besonders Haushalte mit niedrigen und mittleren Einkommen rutschen jetzt in grosse Schwierigkeiten. Das könnten wir verhindern.

CLEMENS STUDER

Wenn der Lohn in Franken gleich bleibt, viele Waren und Dienstleistungen aber teurer werden, bleibt den Lohnabhängigen weniger Geld zum Leben. Man nennt das Teuerung. Und sie schlägt gerade wieder erbarmungslos zu. Warum genau, erklärte SGB-Chefökonom Daniel Lampart im grossen work-Interview (nachzulesen hier: rebrand.ly/preisschock).

Ein Problem ist diese Teuerung vor allem deshalb, weil sie unsere Kaufkraft auffrisst. Unia-Präsidentin Vania Alleva warnt:

Der Kaufkraftverlust ist eine Gefahr für die gesamte Wirtschaft.

auch Krankenkassenprämien und überhöhte Mieten sind grosse Probleme. Ohne Gegenmassnahmen droht Familien ein Kaufkraftverlust von 3500 Franken pro Jahr – alleine aus der Teuerung und den höheren Krankenkassenprämien. Doch mit den richtigen Gegenmassnahmen können wir das verhindern.

STEIGENDE PREISE

Das Problem: Wenn die Preise so massiv steigen wie derzeit, heisst das nichts anderes, als dass die Menschen weniger Geld ausgeben können. Das scheint auf den ersten Blick ein individuelles Problem zu sein. Doch der Kaufkraftverlust ist auch eine Gefahr für die gesamte Wirtschaft. Wenn ge-

ring- und normalverdienende Menschen mehr Geld für weniger Ware ausgeben müssen, weil ihr Lohn in Franken gleich bleibt, die Preise aber steigen, müssen sie sich einschränken. Das spüren als erste der Detailhandel, das Gastgewerbe und Dienstleistende wie Coiffeusen. Je tiefer das Einkommen eines Haushaltes ist, desto stärker sind die Auswirkungen. Kommt dazu: Viele Lohnabhängige mit tiefen und mittleren Einkommen erhielten bereits in den vergangenen Jahren nur bescheidene Lohnerhöhungen. Die obersten 10 Prozent und vor allem die sogenannten Top-Manager griffen dafür umso ungenierter zu.

Das Gegenmittel: Wenn die Realeinkommen steigen, ist die Teuerung, wie wir sie etwa aus den 1990er Jahren kennen (siehe Text Seite 8 oben), grundsätzlich keine Gefahr für die Lohnabhängigen. Die Gewerkschaften fordern darum generelle Lohnerhöhungen mit vollständigem Teuerungsausgleich und einem Reallohnzuwachs. Und für jeden 100-Prozent-Job einen Monatslohn von mindestens 4000 Franken, 13 Mal pro Jahr.

STEIGENDE PRÄMIEN

Das Problem: Die Krankenkassenprämien sind bereits heute für viele eine nicht mehr zu stemmende Belastung des Haushaltsbudgets. Bei der Einführung des KVG-Obli-gatoriums 1996 wurde uns versprochen, dass kein Haushalt mehr als 8 Prozent des Einkommens für die Prämien ausgeben müsse. Das ist schon längst nicht mehr der Fall. Und wird gerade ein Problem für jene Haushalte mit mittlerem Einkommen, die keine oder kaum Prämienverbilligungen erhalten. In den vergangenen Jahren haben die Kantone Milliardengewinne geschrieben. Doch statt damit die Prämienverbilligungen zu erhöhen, haben viele Steuergeschenke an Bestverdienende und Firmen verteilt.

Das Gegenmittel: Die Prämienentlastungs-Initiative der Gewerkschaften und der SP verlangt eine Erhöhung der Prämienverbilligungen, die sicherstellt, dass kein Haushalt mehr als 10 Prozent des Einkommens für Prämien ausgeben muss. Der Bundesrat ist dagegen. Jetzt ist dann der Nationalrat

am Zug. Ausserdem setzen sich Gewerkschaften und fortschrittliche Parteien seit je dafür ein, dass endlich die unsozialen Kopfprämien abgeschafft werden und durch einkommensabhängige Prämien ersetzt werden.

ZU HOHE MIETEN

Das Problem: Die Wohnkosten sind mit Abstand der grösste Ausgabenposten in den Schweizer Haushaltsbudgets. Tiefste Einkommen müssen unterdessen rund 40 Prozent ihres Einkommens dafür ausgeben. In den vergangenen Jahren mit Tiefstzinsen hätten die Mieten eigentlich von Gesetzes wegen sinken müssen. Doch das Gegenteil war der Fall. Eine aktuelle Studie des Büros für arbeits- und sozialpolitische Studien (BASS, nachzulesen hier: rebrand.ly/bass-mieten) hat untersucht, um wie viel die Mieten zwischen 2006 und 2021 gemäss Mietrecht hätten ansteigen dürfen – und wie stark die Aufschläge tatsächlich waren. Erschreckendes Ergebnis: Seit 2006 haben Vermieter insgesamt 78 Milliarden Franken zu viel kassiert. Allein im vergangenen Jahr bezahlten Mietende schweizweit 10 Milliarden Franken zu viel Miete: das macht pro Monat 370 Franken, die dann im Portemonnaie fehlen. Dabei wäre die Sache klar geregelt, zumindest auf dem Papier. Aktuell dürfte die Maximalrendite der Hausbesitzerinnen und -besitzer 3,25 Prozent betragen. Die Studie weist aber nach, dass im untersuchten Zeitraum die durchschnittliche Rendite bei 6,2 Prozent lag. Renditen von 6 oder 7 Prozent sind also an der Tagesordnung. Grosse Immobiliengesellschaften ziehen aus ihren Liegenschaften gar Profite im zweistelligen Prozentbereich.

Das Gegenmittel: Das bestehende Mietrecht muss durchgesetzt werden. Der Grundsatz, wonach die einzelnen Mieter und Mieterinnen sich selber gegen hohe Mieten wehren müssen, funktioniert offensichtlich nicht. Darum haben SP-Nationalrätin Jacqueline Badran und SP-Ständerat Carlo Sommaruga gleichlautende Vorstösse eingereicht. Sie verlangen, dass Vermieterinnen und Vermieter mit mehreren Wohnungen ihre Renditen regelmässig von einer unabhängigen Stelle überprüfen lassen müssen.



DER REUIGE MÖRDER

Ernesto Che Guevara, der argentinische Arzt und Kommandant der Befreiungsarmee Boliviens, war asthmakrank. Im September 1967 befanden sich die Überlebenden seiner Guerrilla militärisch in einer desolaten Lage. Sie waren gesundheitlich geschädigt und hatten nicht genug zu essen. Die Eliteregimente der bolivianischen Armee hatten mit Unterstützung von Agenten der nord-

In der Zeitung «El Deber» veröffentlichte Mario Terán einen Dankesbrief an das kubanische Volk.

amerikanischen CIA das trockene, dünnbesiedelte Gebiet im Südosten Boliviens, in dem die Guerrilla-

kämpfer seit mehr als zwei Jahren operierten, nahezu vollständig eingeschlossen.

«BLEIB RUHIG UND ZIEL GUT». An der Carretera Central, der Strasse, die die Hauptstadt La Paz mit der tropischen Wirtschaftsmetropole Santa Cruz de la Sierra verbindet, liegt das Dorf Samaipata. In der dortigen Apotheke wollte Guevara dringend benötigte Medikamente gegen seine erstickenden Asthmaanfälle kaufen. Westlich der Carretera beginnen die von Minen durchsetzten Urwälder von Cochabamba. Mehrere Guerrilleros drängten Guevara, bei den aufständischen Minenarbeitern Hilfe und Schutz zu suchen. Che lehnte ab: «Wir kehren zurück an den Rio Grande. Den hungrigen Bauern und ihren Familien haben wir versprochen, dass wir bis zum Tod für ihre Befreiung kämpfen werden.»

Einige Wochen später zerschmetterte in der Quebrada del Yurio, einer Schlucht zwischen zwei Bergketten, die Kugel eines bolivianischen Rangers den rechten Arm Guevaras. Er wurde gefangen genommen und mit zwei Kameraden in die kleine Schule des Dorfes La Higuera gebracht. Dort wurde er in der Nacht vom 8. auf den 9. Oktober vom Unteroffizier Mario Terán mit einem Sturmgewehr der Schweizer Firma SIG Neuhausen erschossen.

Terán gab später zu Protokoll: «Ich trat in den dämmerigen Raum. In diesem Augenblick sah ich Che, gross, sehr gross, riesig. Seine Augen leuchteten hell. «Bleib ruhig», sagte er zu mir. «Und ziel gut. Du wirst einen Menschen töten.»

DIE RACHE. Kubanische Rächer und europäische Internationalisten verfolgten in den nachfolgenden Jahren die an der Ermordung Ches beteiligten Täter. Der damalige bolivianische Staatspräsident und Luftwaffengeneral René Barrientos stürzte in einem brennenden Hubschrauber zu Tode. Garry Prado, Hauptmann der Ranger-Einheit in La Higuera, überlebte knapp ein Attentat und ist seitdem gelähmt. Der Geheimdienstchef Roberto Quintanilla Pereira wurde als Generalkonsul nach Hamburg versetzt. Die deutsch-bolivianische Internationalistin Monika Ertl erschoss ihn am 1. April 1971 in seinem Büro. Nur Mario Terán blieb unversehrte. Die CIA behütete ihn. Trotzdem ist sein Schicksal erstaunlich. Tag und Nacht quälten ihn Gewissensbisse. 2005 wurde erstmals in der Geschichte des Kontinents ein Indigener, der Aymara Evo Morales, zum neuen bolivianischen Staatschef gewählt. Kubanische Ärzte kamen ins Land. Sie operierten kompetent und gratis den grauen Star. Auch Mario Terán verdankt ihnen sein Augenlicht. In der Zeitung «El Deber» veröffentlichte er einen Dankesbrief an das kubanische Volk.

Mario Terán ist dieser Tage 80jährig in seiner Heimatstadt Santa Cruz an Prostatakrebs verstorben.

Jean Ziegler ist Soziologe, Vizepräsident des beratenden Ausschusses des Uno-Menschenrechtsrates und Autor. Sein im letzten Jahr im Verlag Bertelsmann (München) erschienenes Buch **Die Schande Europas. Von Flüchtlingen und Menschenrechten** kam jetzt als Taschenbuch mit einem neuen, stark erweiterten Vorwort heraus.

Fotojournalist Klaus Petrus war eine Woche lang auf den Migrationswegen unterwegs. Hier sein Tagebuch.

Balkanroute: Die Vergessenen von Bihać

Kürzlich ist der Bieler Fotojournalist Klaus Petrus für seine dokumentarische Arbeit auf der Balkanroute ausgezeichnet worden. Exklusiv für work war er jetzt wieder dort, wo bis heute fast 100 000 Migrantinnen und Migranten aus dem Nahen Osten und den nordafrikanischen Ländern auf ihrem Weg nach Westeuropa durchkommen. In der Stadt Bihác. Von dort versuchen sie, die Grenze zur EU zu überqueren, immer und immer wieder. Ein grausames Glücksspiel. Petrus hat mit den Flüchtenden geredet.

Montag, 9. 5. 2022 Wo sind die Touristen?



TOR ZU EUROPA: Bihać im Nordwesten von Bosnien-Herzegowina. KART: ADOBE

Später Nachmittag, ich fahre mit dem Bus aus der kroatischen Hauptstadt Zagreb an die bosnische Grenze. Nach Bihać, Stadt an der grünen Una, einst Hochburg von Marschall Titos Partisanen und für Jahrzehnte der wirtschaftliche Mittelpunkt von Westbosnien. Dann kam der Krieg, 1992 bis 1995: 100 000 Tote, zwei Millionen Vertriebene, auf ewig offene Wunden und das bestimmte Gefühl, von aller Welt vergessen zu werden. Davon erholen konnte sich Bihać mit seinen 43 000 Einwohnerinnen und Einwohnern bis heute nicht. Die Arbeitslosigkeit liegt bei 40 Prozent, alte Menschen durchstöbern den Abfall, die Jungen suchen, wieder einmal, ihr Glück anderswo.

Wenigstens kamen früher noch die Touristinnen und Touristen. Bis sich im Frühjahr 2018 Geflüchtete aus dem Nahen Osten und den nordafrikanischen Ländern auf den Weg

in Richtung EU machten: von Serbien aus durch Bosnien bis nach Bihać, wo sie hofften, über die Grenze nach Kroatien zu gelangen. Und von dort: weiter nach Slowenien oder Italien, in den EU-Schengen-Raum.

VERGITTERT. Damals war ich zum ersten Mal hier, wollte über die «neue» Balkanroute berichten. **Hinter dem Busbahnhof, im Gebüsch, fand ich sie, erschöpft und in Decken gehüllt. Erst waren es Hunderte, dann wurden es mehr, bis heute haben fast 100 000 Migranten das Land durchquert.**

Die Bevölkerung von Bihać, hauptsächlich muslimisch, brachte ihnen Essen und Kleider, man drückte ihnen Münzen in die Hand, schenkte ihnen ein freundliches Wort. Doch dann wurde es der Stadt zu viel. Bürgermeister Šuhret Fazlić sagte: «Auf uns lastet Europas Migrationsproblem.»

Dienstag, 10. 5. 2022 Leben im «Dschungel»

Die Polizei begann, die Migrantinnen und Migranten aus der Stadt in offizielle Lager zu verfrachten. Alle Orte wurden vergittert: ein baufälliges Altersheim, eine verlassene Autofabrik, schliesslich die leerstehenden Häuser.

Doch die Flüchtenden sind noch da. Manchmal in einem Waldstück, manchmal in einer alten Fabrik, in einem verfallenen Schlachthaus, einer Scheune oder, wie hier, irgendwo in den Hügeln ausserhalb von Bihać, in einer leerstehenden Baracke: drei Räume, keine Fenster, kein fliessendes Wasser und kein Strom, das Dach ein einziges Loch.

Haider K., der 25-jährige Pakistani, lebt hier seit Monaten mit drei Freunden, alles Afghani. Sie haben sich auf den griechischen Inseln getroffen, das war vor zwei Jahren.



LEERE BARACKE: Hier lebt der Pakistani Haider K. zusammen mit drei Freunden.

HEIMWEH. Erst versuchten sie ihr Glück an der serbisch-ungarischen Grenze, aber dort, sagt Haider K., sei kein Durchkommen mehr. Schon vor Jahren liess der ungarische Ministerpräsident Viktor Orbán einen Zaun errichten, 175 Kilometer

lang und drei Meter hoch. Jetzt sitzen die Afghanen in Bosnien fest. Den Winter verbrachte Haider K. in Sarajewo in einem offiziellen Flüchtlingslager. Beinahe verrückt sei er geworden, die Tage waren öd und leer, die Stimmung angespannt. **Dann lieber draussen leben, im «Dschungel».** Zum Glück komme nun der Sommer, und die Nächte würden wärmer, sagt Haider K. Wasser hätten sie vom Bach hinter der Hütte, und hungern müssten sie nicht. An manchen Tagen kaufen sie von ihrem Geld in der Stadt das

Nötigste ein, an anderen kommen Helfer von kleinen Organisationen oder Einheimische und bringen den Pakistani Brot und Gemüse. Nur das Heimweh, sagt Haider K., sei nicht wegzubekommen.



POLIZEIGEWALT: Migranten mit Verbrennungen von Zigarettentummeln, gebrochenen Gliedern, verstauchten Fussgelenken, Striemen am Rücken, Hundebissen.

Mittwoch, 11. 5. 2022 Spiel mit Grenzen

Bihać, Bosnien – Triest, Italien: 250 Kilometer. Das sind mit dem Auto vier Stunden, nimmt man es gemütlich. Für Muhammed Z. liegen Welten dazwischen. Der 27-jährige Afghane war schon einmal dort, fast jedenfalls. Zehn Kilometer vor der italienischen Grenze wurde er von der Polizei aufgegriffen und erst nach Kroatien und von dort über die Grenze nach Bos-



MUHAMMED Z.: Vielleicht zwanzig, vielleicht auch dreissig Mal hat er versucht, die Grenze zu überqueren.

nien zurückgebracht. Wenn Muhammed Z. davon erzählt, klingt das nach einem Leierspiel: ein paar Felder vor, dann zurück auf Anfang. Pech gehabt! Tatsächlich nennen die Migrantinnen und Migranten ihren Versuch, über die Grenze zu gelangen, «Game», bei dem oft genug das Glück entscheidet oder die Willkür.

20-KILO-RUCKSACK. Wie viele Male Muhammed Z. dieses Spiel schon gespielt hat, weiss er nicht mehr. Vielleicht zwanzig, vielleicht auch dreis-

sig Mal. Heute will er sich, zusammen mit einer Gruppe anderer Afghanen, wieder auf den Weg machen. Für die Strecke von der bosnischen Grenze durch Kroatien nach Slowenien rechnen sie elf bis fünfzehn Tage. Von da wollen sie weiter nach Italien. **Sie werden während der Abenddämmerung und frühmorgens laufen, dazwischen wollen sie sich ausruhen oder verstecken – wie leicht verstaucht man sich nachts den Fuss, wie schnell wird man am helllichten Tag an die Polizei verraten.** Der Rucksack darf nicht mehr als 20 Kilo wiegen, darin sind: 5 grosse Weissbrote, 2 Flaschen Wasser, Büchsen mit Thunfisch, Biscuits, Zahnpasta, Feuchtigkeits-

tücher, eine Powerbank für Strom, Unterhosen und Socken, ein paar Dosen Energydrinks, sie heissen «Monsters» und «Hell».

Noch bleibt Zeit für einen Tee. Muhammed Z. erzählt von daheim, der Mutter gehe es gut, seine Frau schimpfe manchmal mit ihm per Whatsapp. Vielleicht wäre er seiner Familie eine grössere Hilfe, wenn er zu Hause geliebt wäre, sagt Muhammed Z. und wiegt mit dem Kopf. Oder auch nicht. Dann ziehen sie los.

Donnerstag, 12. 5. 2022 Auf Biegen und Brechen

Unzählige Male versuchte er, unbemerkt über die Grenze zu gehen. Und immer spürten ihn die kroatischen Grenzpolizisten auf. Machten sein Handy kaputt. Drückten sein Gesicht in den Matsch. Verdrehten ihm die Arme. Stopften seinen Mund mit faulem Obst, liessen ihn halb nackt im Kreis laufen. Fasten ihm zwischen die Beine, gröhlten und spuckten – und schickten ihn nach Bosnien zurück. Adil, der junge Berber aus Algerien, redet laut und hastig, wenn er davon erzählt. Als würde ihm keiner glauben.

GEWALT. Dabei sagt er doch bloss, was andere auch berichten. Seit 2016 dokumentiere ich gewaltsame Übergriffe der Grenzpolizei auf Geflüchtete: das erste Mal in Subotica an der serbisch-ungarischen Grenze, als mir ein Pakistani seinen Unterarm mit Verbrennungen entgegenstreckte; sie stammten angeblich von Zigaretten, die ungarische Grenzsoldaten auf ihm ausdrückten. **Was ich als Einzelfall deutete, erwies sich bald als System der Abschreckung und Einschüchterung: kaputte Handys, gebrochene Arme, verstauchte Fussgelenke, Striemen am Rücken, Hundebisse.** Inzwischen sind die Be-



MISSHANDLUNG: Tausende Grenzpolizisten hindern die Migranten mit Gewalt am Übertritt.

weise erdrückend. Es existiert sogar ein «Schwarzbuch der Pushbacks», 1500 Seiten des Schreckens und der Schande, dokumentiert vom «Border Violence Monitoring Network». Einem Netzwerk, dem mehrere Organisationen aus der Flüchtlingshilfe angehören.

Die verantwortlichen Regierungen bestreiten die Vorwürfe. Die EU stockt unter dem Vorwand der besseren Kontrolle den Grenzschutz weiter auf. Den kroatischen Grenzschutz unterstützt sie mit 6,8 Millionen Euro pro Jahr. Zu den Menschenrechtsverletzungen an ihren Aussengrenzen auf dem Balkan schweigt sich die EU aus.

Freitag, 13. 5. 2022 Der Beste auf dem Platz

«Bei Allah», sagt Hassan, der Afghane, «hier gleicht ein Tag dem anderen. Das Licht, die Wolken, die Farben, alles eins. **Wir hängen rum, kochen, reden, wir spielen Cricket – ich bin der Beste auf dem Platz –, wir schneiden uns die Haare, chatten, schlafen...** Was wollen wir sonst tun? Wir warten, wir tun nichts anderes als das.»

SCHMUGGLER. Karim, auch er Mitte zwanzig, widerspricht. «Mir fehlt es an nichts, ich lebe, bin gesund, und wenn ich in einem halben Jahr noch hier rumhänge, kehre ich halt zurück. Wallah, bei Gott, es ist ein Abenteuer. Alles. Das ganze Leben.» Blödsinn, murrte Hassan, und nimmt

mich beiseite. Er erzählt von Karims Eltern und wie reich die seien und dass sie ihrem Sohn, dem einzigen, dauernd Geld schickten. Schon bald, ereifert sich Hassan, werde Karim, dieser Schwätzer, einem Schmuggler tausend Euro in die Hand drücken oder mehr. Dann sei er auf und davon, mit seinem Grinsen im Gesicht.

Dann ruft einer Hassan zu: «Wir kriegen schon wieder aufs Dach, nun komm schon!» Auf dem Feld spielen sie noch immer Cricket. Wir sind am nördlichen Stadtrand von Bihać, aus einem der Häuser dröhnt Balkan-Pop. Die Sonne neigt sich, und es wird endlich kühl an diesem langen Tag.



SO ETWAS WIE ALLTAG: Cricket-Match am Stadtrand von Bihać.

Samstag, 14. 5. 2022 Mehr als nur Flüchtlinge



SAMIRA MIT IHREN TÖCHTERN: Seit Wochen hausen sie in einem leerstehenden Gebäude.

Fotoshooting in einer Ruine: Samira, ihre Jüngste auf dem Arm, zupft das Kopftuch zurecht. Die Freundinnen links und rechts tuscheln und lachen. Sie halten das schwarze Tuch vor die Wand des leerstehenden Hauses, wo die Afghaninnen mit ihren Familien seit Wochen Unterschlupf gefunden haben. Das Tuch ist wie ein Trick: es soll die Menschen, die davorstehen, aus dieser Umgebung holen, in die sie unfreiwillig geraten sind. Eine notdürftige Behausung, oft schmutzig und unwirtlich, ohne Privatsphäre.

SICHTBAR MACHEN. Der Auslöser für diese Portraits war ein Gespräch im Frühjahr 2017, in Horgoš, einem

Dorf an der serbisch-ungarischen Grenze, als Sultan zu mir sagte: «Damals in Belgrad, als die halbe Welt auf uns schaute und von Europas Migrationskrise redete, haben wir gelernt, für euch zu posieren.» **Daraufhin sprachen wir lange über die vielen, diese immergleichen Bilder, die wir Fotojournalisten von Geflüchteten machen: in Decken gehüllt, in einer lausigen Baracke, vor einem Feuer kauernd, mit finsternen Gesichtern. Und wie sich genau diese Bilder von «dem Flüchtling» in unseren Köpfen festgesetzt haben.** Ob ein Tuch da etwas ausrichten kann? Kaum. Vielleicht aber werden dadurch die Gesichter sichtbar. Von Menschen, die mehr sind als bloss Flüchtlinge.

Sonntag, 15. 5. 2022 Stumme Zeugen der Flucht



ZURÜCKGELASSENES STOFFTIER: Eine Familie musste wohl aufbrechen, konnte nur das Nötigste einpacken für den langen Marsch.

Auf der Flucht bleibt vieles auf der Strecke. Hoffnungen, aber auch Habseigkeiten. Zum Beispiel: ein Stofftier in einem leerstehenden Haus in Bosanska Bojna, dem westlichsten Zipfel von Bosnien, nur wenige Kilometer von der kroatischen Grenze entfernt. Eine Familie musste wohl aufbrechen, konnte nur das Nötigste einpacken für den langen Marsch durch die Wälder und über die Berge.

FLÜGEL. Andere Migrantinnen und Migranten werden nachkommen, sie werden deren Zuhause übernehmen, werden auf derselben Matratze schlafen, unter dieselben Decken kriechen. Sie werden in derselben Ecke ein Feuer entfachen und ihr Essen zubereiten. Manchmal

bleiben sie nur für ein paar Tage, manchmal für Wochen oder Monate. Dann werden auch sie weiterziehen, und auch sie werden Dinge zurücklassen müssen.

Irgendwann habe ich begonnen, diese Gegenstände zu fotografieren, als stumme Zeugen der Flucht, die selber wandern. Wie dieses Stofftier. Beim Durchstöbern des Archivs entdeckte ich, dass ich es Monate davor schon einmal fotografiert hatte. Aber nicht hier. Sondern in einer verfallenen Baracke am Stadtrand von Bihać, dreissig Kilometer von Bosanska Bojna entfernt. Werde ich es nochmals wiedersehen? An einem anderen Ort vielleicht? Irgendwann vermodern auch Stoffpferdchen mit Flügeln.

Montag, 16. 5. 2022 Hoffnung? Warum nicht!

Amar aus Afghanistan, 23, will wissen, wie das Leben in der Schweiz sei. Wie man ein Mädchen kennenlernen bei uns. Und ob es genug Arbeit gebe für einen wie ihn. Und ob auch so viele Hunde herumlungerten wie hier, denn er fürchte sich vor ihnen. Und vor den Schlangen im Unterholz. Seit drei Jahren ist Amar nun schon unterwegs. Zwei verbrachte er in der Türkei. Er arbeitete in einer Fabrik, sechs Tage die Woche bedruckte er weisse T-Shirts. Von seinem Lohn – 350 Euro im Monat – schickte er 100 Euro nach Hause. Stolz sei er gewesen, sein Vater, erzählt Amar.

Jetzt lebt er ausserhalb von Bihać in den Hügeln in einem ehemaligen Hühnerstall. Viele seiner Freunde haben es inzwischen in die EU geschafft. Sind angekommen, in

Italien, Deutschland oder Dänemark. Nur er nicht. Amar fühlt sich als Schwächling deswegen. **Er hadert mit sich und manchmal auch mit seinem Gott, dem Einen und Einzigen. Hoffnung? Ja, warum auch nicht. Zurück nach Hause kann er nicht. Zu gross ist die Scham, versagt zu haben.**

ZUFALL. Tags darauf sitze ich im Bus von Bihać nach Zagreb, überquere dösend die Grenze, steige nachmittags in den Flieger, am Abend sortiere ich daheim die Bilder, blättere meine Notizen durch. Bihać – Biel/ Bienne, tausend Kilometer in elf Stunden. Vor ein paar Tagen redete ich mit Muhammed Z. über diesen schrecklichen Zufall, wo man geboren wird und wann und als wer. Und wie ungerecht Zufälle sein können.



SEIT DREI JAHREN UNTERWEGS: Momentan lebt Amar ausserhalb von Bihać in einem ehemaligen Hühnerstall.

Klaus Petrus: Fotojournalist und Reporter



Klaus Petrus (55) lebt in Biel und arbeitet freiberuflich als Fotojournalist und Reporter. Ausserdem ist er als fester Redaktor beim Strassenmagazin «Surprise» tätig. Er ist spezialisiert auf die Themen Migration, Armut und Krieg. Petrus berichtet vor allem aus der Schweiz, Osteuropa und dem Nahen Osten.

AUSGEZEICHNET. Seit 2016 dokumentiert Petrus Fluchttrouen quer durch den Balkan in die EU-Länder und die Schweiz. Für diese dokumentarische Arbeit wurde er kürzlich mit dem Swiss Press Photo Award ausgezeichnet: www.klauspetrus.ch.

Was verbindet Sie mit Ihrer Bank?

Geld. Und was Ihre Bank damit macht. Nachhaltigkeit ist uns wichtig: Wir befolgen strenge Richtlinien zu Umwelt- und Sozialthemen, investieren nachhaltig und sind CO₂-neutral. Die Unia und die Bank Cler, das passt – deshalb sind wir seit vielen Jahren Partner. Davon profitieren auch Sie – ob Zahlen und Sparen, Anlegen, Hypotheken oder Finanzplanung: cler.ch/unia

Unia-Spezial:
10% Bonus
auf Einzahlungen
in die Anlagelösung
Nachhaltig*

*Diese Angaben dienen ausschliesslich Werbezwecken und stellen keine Anlageberatung dar. Für die Anlagelösungen verweisen wir auf cler.ch

Zeit, über Geld zu reden.

Bank
Banque
Banca

CLER

INSERAT



Wer sich wehrt, lebt nie verkehrt. Und kommt im work vor.

work sagt, was ist. Am Puls der Zeit.

work – die Zeitung zur Arbeit für die Arbeitenden.

+++ 1 Jahr work für 36 Franken +++ www.workzeitung.ch +++



KITA-FRAU LARA WÜST: «Oft war ich alleine mit einer Lernenden und einer Praktikantin. Zuständig für 16 Kinder!» FOTO: NICOLAS ZONVI

Kita-Alarm: Branche steuert auf riesige Probleme zu «Der Job macht kaputt»

Kita-Mitarbeiterin Lara Wüst (27) hat bereits in 7 Kitas gearbeitet. Und überall war massiver Personalmangel das Problem. Aber nicht das einzige. Wüst erzählt von ihrem Frust.

«Seit zehn Jahren arbeite ich in einer Kita. Mit 16 habe ich ein Praktikum gemacht, danach die Lehre. Von denen, die damals mit mir angefangen haben, ist fast niemand mehr im Beruf. Die meisten steigen bis Mitte zwanzig aus. Der dauernde Personalmangel, der Druck: Das macht dich kaputt. Auch mir ist das schon passiert. Ich hatte fast ein Burnout. In der Kita, in der ich damals arbeitete, waren wir immer zu wenig Betreuerinnen. Und die Leitung nahm immer mehr Kinder auf, obwohl sie das gar nicht gedurft hätte. Oft war ich alleine mit einer Lernenden und einer Praktikantin. Zuständig für 16 Kinder! Die jüngsten waren zwei Jahre alt, die ältesten kurz vor dem Kindergarten Eintritt. Das sind komplett verschiedene Bedürfnisse. Ihnen allen gerecht zu werden, war einfach unmöglich. Und

wenn die Lernende Berufsschule hatte oder im Kurs war, dann waren wir sogar nur noch zu zweit. Ich habe einfach geschaut, dass die Kinder irgendwie beschäftigt waren, während ich mich um alles andere kümmerte. Wickeln, Essen vorbereiten, Wäsche waschen, das Bad putzen: In unserem Job macht man tausend Sachen auch noch nebenbei. Am Abend zu Hause habe ich dann

«Mittlerweile ist es schwierig, überhaupt noch Mitarbeitende zu finden.»

noch die Büroarbeit erledigt, die tagsüber liegen geblieben ist. Berichte für die Eltern schreiben zum Beispiel. Es gab einfach keine ruhige Minute.

DAUERSTRESS. Wir haben versucht, mit der Leitung zu sprechen. Aber die hatte kein Verständnis. Irgendwann hatte ich genug. Ich konnte einfach nicht mehr. Ich sagte mir: «Das ist es nicht wert.» Und kündigte.

Ich war nicht die Einzige. Das ist ein riesiges Problem: Die Leute gehen, wenn sie nicht gehört und ernst genommen werden. Und darunter leiden alle: die verbleibenden Mitarbeitenden, die Kinder, die Qualität der Arbeit.

Ich habe bisher in sieben Kitas gearbeitet. Der Personalmangel war immer ein Problem. Eigentlich gibt es in der Stadt Zürich Regeln, wie viele Betreuerinnen es für eine bestimmte Anzahl Kinder braucht. Nur: Dieser Betreuungsschlüssel wird oft nicht eingehalten. Konsequenzen hat das kaum. Wenn sich die Krippenaufsicht zu einer Kontrolle anmeldet, dann werden einfach die Arbeitspläne umgeschrieben, damit dann genug Personal anwesend ist – und es so aussieht, als sei alles in Ordnung. Das habe ich selbst schon erlebt.

MIESER LOHN. Mittlerweile ist es schwierig, überhaupt noch Mitarbeitende zu finden. Früher kamen auf eine Stellenausschreibung 30 Bewerbungen. Heute sind es gerade noch eine oder zwei. Wenn überhaupt. Unsere Branche steuert da auf ein riesiges Problem zu.

Der Grund sind ganz einfach die schlechten Arbeitsbedingungen. Für das, was wir jeden Tag leisten, verdienen wir viel zu wenig. Je nach Position verdienen wir zwischen 4600 und 5300 Franken brutto für ein 100-Prozent-Pensum. Und ich habe auch schon von Kolleginnen gehört, die nach der Lehre gerade mal 4200 Franken verdienten. Brutto! Und das bei

nur vier Wochen Ferien. Und unzähligen Überstunden, die wir ansammeln, aber nie abbauen können. Das machen viele einfach nicht mehr mit.

MEHR WERTSCHÄTZUNG! Das hat auch mit der fehlenden Wertschätzung zu tun. Die Öffentlichkeit sieht nicht, was wir alles leisten müssen. Das haben wir auch während der Coronakrise gesehen. Horte, Kindergarten, Schulen: Alles ging zu. Die Kitas nicht. Wir arbeiteten durch. Und sind wir ehrlich: Wenn die Kitas streiken würden, wenn wir einfach einmal nicht zur Arbeit gehen würden, dann stünde alles still!

Gerade arbeite ich in einer Kita, in der wir genug Betreuerinnen sind und wirklich Zeit haben für die Kinder. Und wenn jemand vom Team krank wird, dann springt die Kita-Leitung auch einmal selbst ein. Ich habe endlich das Gefühl, meine Arbeit richtig machen zu können.

Das muss Normalität werden in unserer Branche. Die Kitas müssen ins Bildungssystem aufgenommen werden, der Staat muss seine Beiträge erhöhen, die Löhne müssen steigen, und wir brauchen endlich verbindliche Vorschriften. Und: Bei Verstößen muss es Konsequenzen geben.»

AUFGEZEICHNET VON PATRICIA D'INCAU

Kita-Regelungen: Nationales Chrüsimüsi
Bei der familienergänzenden Kinderbetreuung herrscht Kantonlgeist par excellence.

ANNE-SOPHIE ZBINDEN
Die Coronakrise hat deutlich gezeigt: Kitas sind systemrelevant. Sind sie zu, kann auch die Ärztin nicht mehr helfen und der Bäcker unser Brot nicht mehr backen. Doch Kitas sind noch mehr: Sie sind zentral für die Gleichstellung

Kitas gehören nicht zum öffentlichen Bildungssystem.

und für die Chancengleichheit. Und die Nachfrage nach Kita-Plätzen steigt kontinuierlich. Zum Beispiel im Kanton Bern: Im Jahr 2017 gab es 305 Kitas, 2021 waren es bereits 350. Gleichzeitig besteht ein enormer Personalmangel. Dies ist nicht nur auf die gestiegene Nachfrage, sondern auch auf Berufsaussteigerinnen zurückzuführen (siehe Text links). Im Kanton Bern verlassen 20 Prozent der Lehrabgängerinnen und -abgänger bereits nach drei Jahren den Beruf. Was läuft da schief?

VIELE OHNE AUSBILDUNG
Nationale Aussagen dazu sind schwierig zu machen, denn Kitas gehören nicht zum öffentlichen Bildungssystem. Auch deshalb herrscht im Kita-Bereich in der Schweiz das reinste Chrüsimüsi. So etwa beim Betreuungsschlüssel, also der Anzahl der zu betreuenden Kinder pro Mitarbeiterin. Diese Zahl variiert zwischen 3 und 5 Kindern pro Betreuerin (Kinder bis 12 Monate). Bei den grösseren Kindern (1 bis 5 Jahre) sind die

Kita-Initiative: Jetzt unterschreiben!
Damit mehr Familien von bezahlbaren Kita-Plätzen profitieren können und sich zudem die Arbeitsbedingungen für die Betreuerinnen verbessern, hat ein überparteiliches Komitee jetzt die «Kita-Initiative» lanciert. **Einen Unterschriftenbogen finden Sie in dieser Zeitung.**

kantonalen Unterschiede noch frappanter, nämlich zwischen 3 und 15 Kindern pro Betreuerin. Eines ist jedoch fast in allen Kantonen gleich: Das reiche Bildungsland Schweiz nimmt in Kauf, dass die Hälfte der Betreuenden keine Fachausbildung haben müssen.

Auch zu den Löhnen gibt es keine nationalen Erhebungen. Die Unterschiede dürften jedoch auch hier sehr gross sein. In der Stadt Zürich, wo eine extreme Personalknappheit herrscht, liegt der Durchschnittslohn einer Fachperson Betreuung bei 4760 Franken brutto, im Kanton Bern hingegen bei 4300 Franken. Eine Umfrage der Gewerkschaft VPOD mit 714 Kita-Mitarbeitenden aus der Deutschschweiz (April 2021) hat gezeigt: Knapp 80 Prozent der Befragten fühlen sich bei der Arbeit gestresst. Hauptursache sind der Personalmangel sowie die generelle Unterfinanzierung der Kitas. Der Stress hat für einen Viertel der Befragten auch gesundheitliche Konsequenzen. Nicht zuletzt aufgrund des hohen Lärmpegels, der in anderen Branchen zum Tragen eines Gehörschutzes verpflichten würde.

Beschäftigte in Kitas und Sozialeinrichtungen fordern neuen Gesamtarbeitsvertrag Deutschland: Zehntausende im Streik

Auch in Deutschland schlagen Erzieherinnen und Erzieher Alarm: Allein in den letzten zwei Wochen gingen 75 000 von ihnen aus Protest auf die Strasse.

DANIEL BEHRUZI, DARMSTADT
Sozialpädagogin Feli Traudes ist empört: «Warum verdient eine Sozialpädagogin monatlich Hunderte Euro weniger als ein Ingenieur? Warum eine Erzieherin viel weniger als ein Bankkaufmann – trotz gleich langer Ausbildungszeit? Unsere Arbeit ist sehr wichtig für die Gesellschaft. Das machen wir deutlich und fordern Solidarität ein.» Die Beschäftigten der Sozial- und

Erziehungsdienste wollen nicht nur eine finanzielle Besserstellung, sondern vor allem bessere Arbeitsbedingungen. In den Kitas wollen sie unter anderem mehr Zeit für Vor- und Nachbereitung, Führungsaufgaben und die Ausbildung von Praktikantinnen und Praktikanten. Zudem will die Gewerkschaft Verdi einen Anspruch auf Weiterbildung durchsetzen. Bei Arbeit in belastenden Situationen sollen Mitarbeitende zusätzliche freie Tage erhalten. Vorbild hierfür sind die Gesamtarbeitsverträge, die Verdi zuletzt an mehreren Unikliniken durchgesetzt hat (work berichtete). Vom angepassten Gesamtarbeitsvertrag würden

unmittelbar 330 000 Beschäftigte in kommunalen Einrichtungen profitieren. Doch der GAV des öffentlichen Dienstes prägt die Arbeitsbedingungen im Grossteil der gesamten Branche mit ihren insgesamt mehr als 1,5 Millionen Mitarbeitenden.

FACHKRÄFTE FEHLEN
Bislang zeigen die Arbeitgeber ihren Beschäftigten bei den GAV-Verhandlungen jedoch die kalte Schulter. Dabei hätten sie allen Grund, für bessere Bedingungen in den Kitas und Sozialeinrichtungen zu sorgen. Denn sie suchen händeringend Personal. Allein für die Kitas hat die Gewerkschaft Verdi einen Bedarf von 173 000 zusätzlichen Fachkräften errechnet, die für eine gute frühkindliche Bil-



MEHR ZEIT FÜR DIE KINDER: Kita-Demo in München. FOTO: KEY

dung nötig wären. Die Bedingungen sind so schlecht, dass jede vierte Berufsanfängerin

Jede vierte Berufsanfängerin gibt ihre Stelle nach fünf Jahren auf.

ihre Kita-Stelle innerhalb der ersten fünf Jahre schon wieder aufgibt. Sollten die Arbeitgeber bei den Verhandlungen weiterhin kein Entgegenkommen zeigen, dürfte der Konflikt weiter eskalieren. Verdi-Verhandlungsführerin Christine Behle stellt klar: «Dann werden wir die Streiks massiv ausweiten.»

Doku-Roadmovie
Tatort
Arbeitsplatz

Schwarzarbeit ist ein Riesenproblem – bei fast jedem fünften Betrieb landen die Kontrolleure einen Treffer! Doch wer sind diese detektivisch arbeitenden Inspektorinnen und Inspektoren eigentlich? Woher nehmen sie ihr feines Gespür? Und wie gehen sie mit den tragischen Schicksalen der Schwarzarbeitenden um? Regisseur Ulrich Grossenbacher wollte es wissen und hat vier Mitarbeitende der Berner Arbeitsmarktkontrollstelle mit der Kamera begleitet. Entstanden ist ein mitreissendes Roadmovie durch das Bernbiet. Und an den Tatorten geht Grossenbacher mit seiner Kamera nah ran. So nah, dass sein Dokumentarfilm fast zum Krimi wird.

Schwarzarbeit, von Ulrich Grossenbacher, Schweiz 2022, 109 Minuten, jetzt im Kino.

Triest im Comic
Die schwarze
Flamme

Die norditalienische Hafenstadt Triest ist ein Schmelztiegel der Kulturen. Romanische, slawische und österreichisch-habsburgische Einflüsse prägen die Stadt bis heute. Doch im Ersten Weltkrieg wird das Zusammenleben auf die Probe gestellt. Aggressiver Nationalismus macht sich breit. Die italienische Kriegsniederlage befeuert Revanche-Gelüste. Prompt wird Triest zum Brennpunkt des beginnenden Faschismus und der gewaltsamen Italianisierung. Die Situation eskaliert im Juli 1920: Aufgehetzte Massen setzen das slowenische Vereinshaus in Brand. Diese spannungsgeladene Umbruchszeit stellt der neue Comic «Die schwarze Flamme» ins Zentrum. Ein brillant gezeichneter, lehrreicher und spannender Band!



Ivan und Zoran Smiljanić: **Die schwarze Flamme.** Der Beginn der faschistischen Gewalt in Triest 1920. Bahoe Books, Wien 2022, 120 Seiten, ca. CHF 25.–.

Flassbeck erklärt
Klima, Krieg,
Inflation

Unterdessen dürfte es auch den letzten dämmern: Auf einem Planeten mit begrenzten Ressourcen ist unbegrenztes Wirtschaftswachstum unmöglich. Bloss: Der Kapitalismus ist ganz grundsätzlich auf Wachstum angewiesen! Ein Widerspruch? Nur bedingt, sagt der renommierte deutsche Ökonomieprofessor und ehemalige Uno-ChefVolkswirt Heiner Flassbeck. Er plädiert für eine zünftige internationale Marktregulierung, um das Klima zu retten. Aber auch die Wirtschaft benötige Eingriffe – gerade in Zeiten der Inflation. Aber wie hängt die Teuerung mit dem Ukraine-Krieg zusammen? Welchen Einfluss hat sie auf die akuten Lieferengpässe? Und warum gibt es eigentlich keine Zinsen mehr? Über all das referiert der Generalist Flassbeck an einer Abendveranstaltung in Basel.

Podiumsgespräch mit Heiner Flassbeck. 24. Mai, 20 Uhr, Unternehmen Mitte, Gerbergasse 30, Basel, freier Eintritt. www.mitte.ch

Neue Studie belegt: Steuersenkungen sind nutzlos und schädlich
Wenn Reiche weniger zahlen müssen,
werden sie nur noch gieriger

Englische Forscher weisen nach, dass Steuergeschenke für Reiche der Wirtschaft nichts nützen. Ganz im Gegenteil: Sie fördern Ungleichheit und Gier.

RALPH HUG

Es ist das ewige Mantra der Bürgerlichen: Steuerentlastungen für die Reichen würden die Wirtschaft befeuern, und dies komme wiederum allen zugute. Denn Wachstum fülle auch die Portemonnaies der breiten Bevölkerung. Man nennt das «Trickle down»-Effekt. Was oben eingefüllt wird, kommt auch unten in der breiten Masse an. Die Rechten rechtfertigen so ihre Steuergeschenke an die Reichen. Und das schon seit mindestens dreier Jahrzehnte.

Nur: Bewiesen wurde diese «Trickle down»-These noch nie. Im Gegenteil! Gerade mehren sich die Studien, die sagen: Steuersenkungen für Reiche nützen nur ihnen selbst!

globales Steuerdumping

So hat schon der französische Ökonom Thomas Piketty (51) in seinem berühmten Werk «Das Kapital im 20. Jahrhundert» dargelegt, dass die Ungleichheit in den letzten Jahren enorm angewachsen ist. Nicht zuletzt wegen der falschen Steuerpolitik zugunsten der Vermögenden.

Und jetzt legen zwei englische Forscher nach. David Hope und Julian Limberg rechneten am King's College in London Berge von Daten durch. Konkret nahmen sie 18 OECD-Staaten – darunter die Schweiz – unter die Lupe und untersuchten alle Steuersenkungen, die von 1965 bis 2015 durchgeführt wurden. Es zeigte sich: Die höchsten Steuersätze sanken in dieser Zeit von durchschnittlich 60 Prozent auf heute noch 40 Prozent. In der Schweiz liegen sie bekanntlich noch viel tiefer, weil sich unser Land geradezu fanatisch dem internationalen Steuerdumping ver-



CHAMPAGNER FÜR ALLE? Von wegen! Senkt der Staat die Steuern für die Reichen, nützt das nur ihnen selbst. FOTO: KEYSTONE

schrieben hat. Der tiefste Einkommenssteuersatz liegt hierzulande bei 22 Prozent im Kanton Zug.

Hat diese Politik nun also die Wirtschaft angekurbelt, wie stets behauptet wird? Nicht die Bohne, sagen Hope und Limberg. Wissenschaftlich ausgedrückt klingt das so: «Wir haben starke Evidenzen dafür gefunden, dass Steuerentlastungen für Reiche keinen Effekt auf das Wirtschaftswachstum oder die Arbeitslosigkeit haben.»

Kein Hinuntertröpfeln («trickle down») also. Dafür machte jede markante Steuersenkung jene, die zum bestverdienenden Prozent der Bevölkerung gehören, im Schnitt um 0,8 Prozent reicher. Das können Hope und Limberg ganz klar beziffern.

Den Vorteil ihrer Studie sehen die beiden Autoren darin, dass ihre Resultate nicht nur für ein paar aus-

gewählte Staaten, sondern für alle Industrieländer gelten. Die Studie veranschaulicht ausserdem ganz detailliert, wann und wie sich die Steuerpolitik zugunsten der Vermögenden grossflächig durchzusetzen begann.

So wurden die Steuern für die Reichen etwa ab Mitte der 1980er Jahre stark gesenkt. Die Kurve weist ab 1985 klar nach unten. Das waren genau die Jahre, in denen die englische Premierministerin Margaret Thatcher und in ihrem Gefolge US-Präsident Ronald Reagan ihre neoliberale Politik in die Tat umsetzten: weg mit Vorschriften, weg mit Gesetzen, runter mit den Steuern, mehr Freiheit für Private und weniger Staat. So lauteten die Parolen dieser Revolution von rechts. Diese Ideologie setzte eine Steuerspirale nach unten in Gang, die bis heute andauert.

GEFÄHRLICHE UNGLEICHHEIT

Kein Wunder also, wuchs die Ungleichheit in den letzten Jahrzeh-

ten klar an. Und sie dürfte noch grösser werden. Denn gemäss Ökonom Piketty fördert die neoliberale Steuerpolitik noch einen weiteren Effekt. Einen zeimlich unerwünschten: Steuergeschenke stärken die Gier nach mehr. Das heisst: Grossverdienende fühlen sich durch sie ermutigt, noch mehr Geld für sich zu raf-

fen – und zwar auf Kosten derer, die unter ihnen in der Einkommenspyramide liegen. Dass die wachsende Ungleichheit eines der grossen politischen Probleme der Gegenwart ist: diesem Befund stimmen inzwischen auch Konservative durchaus zu. Die Lösung wäre einfach und ist als Schlachtruf in immer mehr Ländern zu hören: «Tax the rich!» Besteuert die Reichen!

David Hope, Julian Limberg: **The Economic Consequences of Major Tax Cuts for the Rich.** Working Paper 55, December 2020, The London School of Economics and Political Science. Download unter: rebrand.ly/steuerstudie-oecd (nur in Englisch verfügbar).

work1x1 der wirtschaft

Hans Baumann



CO2-EMISSIONEN: DIE REICHSTEN VERURSACHEN AM MEISTEN

Die Ungleichheit bei den erzeugten CO₂-Emissionen ist beträchtlich. Weltweit, aber auch innerhalb einzelner Länder und Regionen. So verursachen die reichsten 10 Prozent der Weltbevölkerung fast die Hälfte aller klimaschädigenden CO₂-Emissionen. Die ärmere Hälfte der Bevölkerung verursacht dagegen nur ganze 12 Prozent. Selbst das allerreichste Prozent verursacht mit 17 Prozent noch mehr CO₂-Emissionen als die ärmeren 50 Prozent der Bevölkerung.

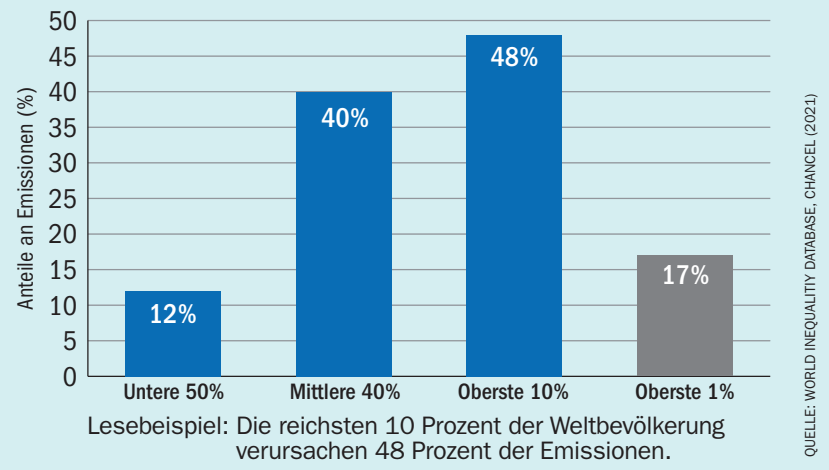
REICHE KLIMAFEINDE. Dies ist nicht nur darauf zurückzuführen, dass die wohlhabenden Regionen der Welt am meisten CO₂ erzeugen. Zwar stimmt es, dass die durchschnittlichen Pro-Kopf-Emissionen in den USA rund doppelt so hoch sind wie in Europa und etwa viermal so hoch wie in Lateinamerika. Aber auch innerhalb der USA oder Europas sind die Emissionsunterschiede zwischen Arm und Reich riesig. So betragen in Europa die CO₂-Emissionen bei den reichsten 10 Prozent fast 30 Ton-

nen pro Jahr und Kopf, während die unteren 50 Prozent der Bevölkerung pro Kopf nur 5,1 Tonnen verbrauchen. In vielen Industrieländern hat der CO₂-Ausstoss pro Kopf bei der ärmeren Hälfte der Bevölkerung seit 1990 abgenommen, bei den reichsten 10 Prozent jedoch nochmals deutlich zugenommen. Die Schere zwischen unten und oben ist grösser geworden. Für die Schweiz gibt es solche Daten nicht, aber sie dürften in einer ähnlichen Grössenordnung liegen. Sollen die Ziele des Weltklimarates erreicht werden (Erderwärmung maximal +1,5 Prozent), müssten die CO₂-Emissionen pro Kopf auf etwa 2,2 Tonnen verkleinert werden. Das würde am Beispiel Europas für die ärmeren 50 Prozent der Bevölkerung eine gute Halbierung bedeuten, in diese Richtung geht auch der Trend. Ganz anders sieht es bei den reichsten 10 Prozent aus: Sie müssten ihren CO₂-Ausstoss um über 90 Prozent reduzieren.

WER BEZAHLT? «Klimagerechtigkeit» heisst, dass nicht nur die reichen Län-

Globale CO2-Ungleichheit 2019

(Anteile jeder Einkommensgruppe an Gesamtemissionen)



der, sondern auch die reicheren Schichten der Bevölkerung einen überdurchschnittlichen Anteil an der Reduktion der CO₂-Emissionen zu leisten haben. Sie haben bisher auch überdurchschnittlich vom Ressourcenverbrauch dieser Erde profitiert. Für die gewerkschaftlichen Auseinander-

setzungen der nächsten Jahre geht es konkret auch um die Frage, wer die nötigen Massnahmen zur Bewältigung der Klimakrise, also dem Ausstieg aus den fossilen Brennstoffen, bezahlen soll.

Hans Baumann ist Ökonom und Publizist.

Endlich wieder heraus: Tausende demonstrieren am Tag der Arbeit

Das war der 1. Mai 2022

Erstmals seit den zwei Coronajahren fand der 1. Mai wieder richtig auf der Strasse statt: Endlich wieder Livemusik, Geplauder mit alten Bekannten und direkte Reden ganz ohne Bildschirm. Schweizweit gingen Tausende auf die Strasse, demonstrierten zum SGB-Transpi «Frieden, Freiheit Solidarität». Und das Beste: nach vielen Jahren machte endlich auch die Sonne wieder mit!

In Zürich konnten's manche kaum erwarten. Am Helvetiaplatz trafen sich die ersten schon früh, um Kaffee «Rebeldia» zu trinken. Und um Maibündel zu kaufen («Komitee oder Gewerkschaftsbund? Oder beide?») und viele Flugblätter entgegenzunehmen. Von roten, rosaroten und ultraroten Gruppen. Und von grünen Parteien, schwarzen Blöcken und lila Kollektiven.

Unia-Präsidentin Vania Alleva war zu Gast in Interlaken und sagte: «Der soziale Fortschritt ist möglich, aber wir müssen dafür kämpfen!» Jetzt brauche es soziale Verbesserungen, etwa im Gastgewerbe oder auf dem Bau. Und sie rief zu internationaler Solidarität auf, insbesondere mit den Opfern des Kriegs in der Ukraine. Hier leiste die Unia mit Hilfslieferungen, Wohnungen und dem Schutz von ukrainischen Arbeitnehmenden einen konkreten Beitrag. In Basel rief Unia-Bauchef Nico Lutz mit Blick auf Krieg und soziale Ungerechtigkeit dazu auf, diese «verrückte Welt» zu ändern!

RISOTTO. «A-, Anti-, Anticapitalista!» schallte es durch Berns alte Gassen. Auf dem Bundesplatz forderte SGB-Präsident Pierre-Yves Maillard, jetzt müsse die Kaufkraft für die arbeitende Bevölkerung und die Pensionierten verbessert werden, anstatt die Steuern für die Reichen immer weiter zu senken. Applaus, gute Stimmung und Risotto!

Das Highlight in St. Gallen: Tamara Funicellos Rede, feministisch, klassenkämpferisch. Die Sanierung der AHV auf dem Buckel der Frauen sei eine Frechheit, und linke Politik ohne Klassenkampf nicht viel mehr als «Gärtnern».



Zürich



Genf



Biel



Interlaken



Lausanne



La Chaux-de-Fonds



Kreuzlingen

FOTOS: KEYSTONE (1), DONATO CASPARI / CHMEDIA (1), UNIA

1. Mai in Bern: **Held der Arbeit I**

14 Jahre lang galt in Bern: keine Mai-Feier ohne Wartenweiler. Früher mit Chäppi, heute mit Chappie: Johannes «Hänu» Wartenweiler stellte seit 2008 als geschäftsführender Sekretär des Stadtberner Gewerkschaftsbunds die 1.-Mai-Feier auf die Beine. Anfang nächsten Jahres geht er in Pension.

CLEMENS STUDER

Die internationale Solidarität steht hoch im Kurs am 1. Mai. Die Aufräum-Solidarität weniger. Wartenweiler: «Beim Aufstellen hatten wir eigentlich immer genügend Helfende. Beim Ab- und Aufräumen weniger.» Wobei sich das mit dem Aufbau in den vergangenen Jahren zusätzlich entspannt hat. Früher bauten die Kolleginnen und Kollegen die Bühne und die Technik noch vielhändig, stundenlang und schweisstreibend auf. Mehr als einmal ging auch etwas schief – und was eben noch zu stehen schien, lag wieder am Boden. Heute kommt der Bühnenbauer mit seinem Transporter und entfällt die Bühne. Dann kommt die Technikcrew. Ein riesiger Fortschritt. Und der stand ja bereits bei Lenin mit Elektrizität und Sozialismus in engem Zusammenhang.

ZURÜCK AUF DEN BUNDESPLATZ. In Wartenweilers Zeit als Berner 1.-Mai-Tätschmeister fiel auch die Rück-

kehr auf den Bundesplatz. Also den historischen Festplatz, der in den 1990er Jahren in die Zeughausgasse vor das Volkshaus verschoben worden war. Und ganz zuversichtlich machte Wartenweiler den 1. Mai auch in Bern zur Ganztagesveranstaltung. Obwohl der Kampftag der Arbeitenden in Kanton Bern kein offizieller Feiertag ist. Mehr Bands und ein grosses Diskussionszelt gehörten zum

Keine 1.-Mai-Feier ohne Wartenweiler!

Konzept – das allerdings nur drei Jahre überlebte. Wartenweiler: «Nach drei verregneten Veranstaltungen wurde es für die Gewerkschaften zu teuer.» Aber trotzdem gewinnbringend: Jedenfalls für jene gut drei Dutzend Kolleginnen und Kollegen, die einst bei einem besonders verregneten Redenblock kurzum das 6 mal 10 Meter mächtige Zelt vor die Bühne transportierten. Mehr Bestand hatte der in der Amtszeit Wartenweilers vom Vormittag in den Vorabend verschobene Veranstaltungsbeginn.

DIE SACHE MIT DER KASSE. In einer kapitalistischen Welt kommt auch die Arbeitsbewegung nicht ohne Geld aus. Die Einnahmen des 1.-Mai-Fests sind zwar nicht riesig, aber auch nicht unbedeutend. Das scheint auch jene Diebin oder jener Dieb geahnt zu haben, der diese ein-

mal aus Wartenweilers Auto klatete. Theoretisch hätte die Kamera, die den Bundeshauseingang überwacht, zur Aufklärung des Falles beitragen können. Doch – so die Rückmeldung der Bundeshaus-Sicherheitskräfte – sie hatte an jenem 1. Mai einen technischen Ausfall. Kaum auszudenken, wenn just an diesen Tag ein Magistrat oder eine Magistratin verschwunden wäre.

Eine solche kam dem 1. Mai dann trotzdem noch abhanden. Und das ging so: Bundesrätin Simonetta Sommaruga hielt vor Jahren eine 1.-Mai-Rede. In dieser empfahl sie den Schweizer Frauen höhere Arbeitspensum, um «die Zuwanderung zu steuern». Das gab ein vernehmliches Grummeln. Seither meidet Sommaruga das 1.-Mai-Rednerpult und besucht am Tag der Arbeit lieber Firmen.

WEITER DABEI. Auf Firmenbesuche umsatteln wird Gewerkschafter Johannes Wartenweiler auch nach seiner Pensionierung nicht. Seine jahrelange Kampagnenerfahrung wird den Fortschrittlichen in Bern weiter zur Verfügung stehen. Fürs Zeichnen und Lesen wird Hänu mehr Zeit haben. Und schliesslich ist er von Haus aus Journalist. Lesen werden wir ihn also auch noch können. Oder mit ihm am nächsten 1. Mai mal ein bisschen länger auf einem der Holzbänke auf dem Bundesplatz sitzen bleiben können. Mit Ordnerwesten rumrennen muss er dann nicht mehr und auch keine Ton-Probleme lösen. Und nur noch auf das eigene Portemonnaie aufpassen.

1. Mai in Zürich: **Held der Arbeit II**

Um am 1. Mai zu provozieren, kletterten drei Neonazis am Helvetiaplatz auf einen Baukran. Doch sie hatten nicht mit Kranführer Zeqir Binakaj gerechnet.

JONAS KOMPOSCH

Der morgendliche Umzug mit 12000 Menschen setzte sich gerade erst in Bewegung, als schon Aufruhr ausbrach: Drei Vermummte, die beim Helvetiaplatz eine Baustellenabspernung aufgebrochen hatten, kletterten auf einen Kran. Nun zündeten sie – hoch über den Köpfen der Demonstrierenden – Rauchpetarden und hissten ein Banner. Darauf der Spruch: «Denkst du global, dienst du dem Kapital. Sichere Grenzen, sichere Zukunft.» Die Provokateure waren bald als Mitglieder der Neonazigruppe «Junge Tat» identifiziert. Denn auf der Baustelle hatten sie einen Rucksack liegen gelassen – darin persönliche Gegenstände, typisches Propagandamaterial, ein Klappmesser, ein Schlagstock.

«KEINE HEXEREI». Nach ihrer Höhenshow kletterte das Neonazi-Trio entschlossen wieder den Mast runter. Doch auf halber Strecke war plötzlich Schluss mit ihrem Heldenmut. Wohl hatten die drei realisiert, dass sie zurück auf der Erde nicht nur von einer grossen Menge Linker empfangen würden, sondern auch von der Polizei. Also ging's tiftig wieder den Mast hinauf. Bis es nicht mehr weiterging. Dort ganz oben sass es dann in der Sackgasse. Und unten hatte man genug gesehen – die Demo zog weiter. Nicht aber Kranführer Zeqir Binakaj (57). Er war

mit Unia-Co-Regioleiter Serge Gnos für den Demoschutz zuständig. Und Binakaj wusste genau, dass er hier noch gebraucht werden würde. Zu work sagt er: «Es wäre garantiert eskaliert, wenn in dem Moment noch andere Leute zu den Nazis raufgeklettert wären!» Ein fünfzig Meter hoher Kran sei definitiv der falsche Ort für Auseinandersetzungen. Dennoch stand auch für Unia-Gewerkschafter Binakaj ausser Frage: das rechtsextreme Banner musste weg! Daher habe er dem Einsatzleiter der Polizei einen Vorschlag gemacht: «Ihr kümmert euch um die Nazis, ich über-



«Wenn man Nazis nicht stoppt, werden sie immer dreister.»

KRANFÜHRER ZEQIR BINAKAJ

nehme das Banner.» Und so stieg Binakaj hinauf, sobald sich die Neonazis, nach fast einer Stunde, endlich heruntergewagt und der Polizei ergeben hatten. Es sei «keine Hexerei» gewesen, meint der Kranprofi zu seinem Einsatz, sondern «eine Selbstverständlichkeit». Nazis müsse man nämlich sofort stoppen. Binakaj: «Sonst werden sie immer dreister!» Und was dann passieren könne, habe er schon einmal erlebt, vor vielen Jahren an der Chilbi in Hombrechtikon ZH: «Wir standen am Wurststand, als plötzlich eine Horde Glatzköpfe auftauchte.» Sofort habe sich die Gruppe auf einen Dunkelhäutigen gestürzt. «Danach war überall Blut!» erzählt Binakaj. Und er mahnt: «So weit darf es nie mehr kommen!»



Das offene Ohr
Marina Wyss
von der Unia-Rechtsabteilung
beantwortet Fragen
aus der Arbeitswelt.

Kündigung vor der Pensionierung: Habe ich Anrecht auf eine Entschädigung?

Ich bin 62 Jahre alt und habe 20 Jahre lang bei der gleichen Firma als Sekretärin gearbeitet. Jetzt hat mir die Firma gekündigt. So kurz vor der Pensionierung entstehen mir dadurch grosse Einbussen in der Pensionskasse. Deshalb hat mir meine Familie gesagt, ich solle gegen die Kündigung vorgehen. Muss mich die Firma entschädigen?

MARINA WYSS: Nein, nicht zwingendermassen. Eine Entschädigung ist geschuldet, wenn die Kündigung missbräuchlich ist. Das Gesetz nennt eine Reihe von Gründen, bei deren Vorliegen eine Kündigung missbräuchlich ist. Dies ist etwa dann der Fall, wenn die Arbeitgeberin die Kündigung wegen einer persönlichen Eigenschaft ausspricht. Wird eine Kündigung gegenüber einer Arbeitnehmerin ausgesprochen, weil sie kurz vor der Pensionierung steht und ihr so wesentliche Beitragszeiten verlustig gehen, reicht dies für sich allein noch nicht aus, damit die Kündigung missbräuchlich ist. Das Gericht prüft, ob zwischen den Interessen der Streitparteien ein krasses Missverhältnis besteht. In einem Grundsatzurteil vom 20. Dezember 2005 bejahte das Bundesgericht die Missbräuchlichkeit einer Kündigung. Ein Mitarbeitender hatte 44 Jahre lang für die gleiche Firma gearbeitet, als ihm 14 Monate vor der Pensionierung ohne Vorwarnung gekündigt wurde. Das Bundesgericht argumentierte, dass die Firma ihre Fürsorgepflicht verletzt habe. Diese Fürsorgepflicht war aufgrund der besonders langen Anstellungsdauer erhöht. In diesem Fall bestand ein krasses Missverhältnis der Interessen. Die Firma hätte dem Mitarbeitenden ermöglichen müssen, seine Arbeit während der kurzen verbleibenden Restdauer ohne finanzielle Einbussen zu beenden. Bei Kündigungen vor der Pensionierung rate ich allen, die Unia um eine Einschätzung zu bitten. Achtung: Es gelten kurze Fristen!

Kündigung vor der Pensionierung: Ist die Weiterführung der beruflichen Vorsorge möglich?

Ich bin 62, und mir wurde kurz vor der Pensionierung gekündigt. Aufgrund meines Alters ist es unwahrscheinlich, dass ich noch eine Anstellung finde. Eine Freundin hat gesagt, sie sei nach der Kündigung nicht mehr BVG-versichert gewesen. Statt einer Rente sei ihr das ganze angesparte Kapital auf einmal ausbezahlt worden. Ich würde lieber bei der Vorsorgeeinrichtung versichert bleiben. Ist dies möglich?

MARINA WYSS: Ja. Mit der Auflösung des Arbeitsverhältnisses scheiden Sie zwar grundsätzlich aus der obligatorischen Versicherung aus. Seit dem 1. Januar 2021 gilt jedoch eine neue Gesetzesbestimmung, wonach Versicherte nach vollendetem 58. Altersjahr die Weiterführung der Versicherung im bisherigen Umfang bei ihrer Vorsorgeeinrichtung verlangen können. Sie müssen allerdings die Beiträge zur Deckung der Risiken Tod und Invalidität sowie Beiträge an die Verwaltungskosten selber bezahlen. Vor Vollendung des 58. Altersjahrs ist eine Weiterführung des Versicherungsschutzes möglich, wenn das entsprechende Vorsorgereglement dies vorsieht. Ich empfehle Ihnen, die von der Versicherung vorgeschlagenen Konditionen sorgfältig zu prüfen.

Die Krankentaggeldversicherung: Kein gesetzliches Obligatorium, aber ein

Wenn die Krankheit länger dauert

Viele Firmen haben für ihr Personal eine Krankentaggeldversicherung abgeschlossen. Die meisten Gesamtarbeitsverträge verpflichten sie sogar dazu. Was die Versicherung leistet und worauf Sie achten müssen.

MARTIN JAKOB

Eine Grippe zwingt Sie zwei Wochen ins Bett. Wegen einer schweren Migräne müssen Sie ein paar Tage pausieren. Lohntechnisch sind kürzere krankheitsbedingte Absenzen kein Problem. Denn sobald Sie in einer Firma fest angestellt sind, und das nicht weniger als drei Monate, erhalten Sie Ihren Lohn von Gesetzes wegen mindestens drei Wochen lang vergütet. Mit zunehmendem Dienstalter verlängert sich zwar die Lohnfortzahlungspflicht (siehe Text rechts). Dennoch kann es in schweren Krankheitsfällen zwischen dem Ende der Lohnzahlung und dem Beginn von Rentenzahlungen (IV, Pensionskasse) zu grossen Einkommenslücken kommen.

PRÄMIENHÖHE JE NACH FIRMA
Hat Ihre Firma eine Krankentaggeldversicherung, sind Sie damit besser abgesichert. Diese bezahlt 80 bis 100 Prozent des Lohnausfalls während 720 oder 730 Tagen. An der Prämie muss sich die Firma mindestens zur Hälfte beteiligen. Die Höhe der Prämie hängt von

Steigen in einer Firma die Krankheitsabsenzen, steigt oft die Prämie.

mehreren Faktoren ab: von den bestellten Leistungen, von der Branche, oft auch von betrieblichen Statistiken zu den krankheitsbedingten Absenzen und nicht zuletzt vom Verhandlungsgeschick der Firma.

Danach kann es bei einer Vertragserneuerung zu Prämien-erhöhungen kommen – zum Beispiel, falls die krankheitsbedingten Ausfälle in Ihrer Firma über das erwartete Mass hinaus steigen oder die Versicherungsgesellschaft ihre Rendite aufbessern will. So kann es sein, dass der Abzug für die Prämie in Ihrer Lohnabrechnung plötzlich erhöht

wird. Obwohl Sie selbst keine Stunde gefehlt haben.

ZWEIERLEI GESETZE

Krankentaggeldversicherungen können nach dem Bundesgesetz über die Grundversicherung (KVG) oder wie andere Krankenzusatzversicherungen über das Versicherungsvertragsgesetz (VVG) abgeschlossen werden. Verträge, die dem KVG unterstellt sind, lassen den Versicherern und den Firmen weniger Freiheiten in der Gestaltung der Leistungen. Zum Beispiel dürfen sie bei vorbestehenden Erkrankungen nur einen auf maximal fünf Jahre befristeten Vorbehalt anbringen, die Versicherungen nach VVG hingegen einen unbefristeten – oder jemanden ganz ausschliessen. Mittlerweile werden gemäss Bundesamt für Gesundheit gerade noch etwa fünf Prozent des Prämienvolumens über Versicherungen nach KVG abgewickelt. Es ist also sehr wahrscheinlich, dass auch Ihre Krankentaggeldversicherung den Regeln des VVG untersteht.

WARTEFRIST UND TAGGELD

Die Firma kann mit der Versicherung vereinbaren, dass diese den Lohnausfall erst nach einer Wartezeit von 15, 30 oder mehr Tagen vergütet. Das spart Prämien. Gegenüber den Versicherten steht die Firma trotzdem in der Pflicht. Nach einem Entscheid des Bundesgerichts müssen die Mitarbeitenden maximal zwei unbezahlte Tage hinnehmen. Spätestens ab dem dritten Tag muss die Firma also mindestens 80 Prozent des Lohns bezahlen.

Bei voller Arbeitsunfähigkeit beträgt das Taggeld je nach Police zwischen 80 und 100 Prozent des üblichen Lohns (meistens sind 80 Prozent vereinbart), bei teilweiser Arbeitsunfähigkeit, die mindestens 25 Prozent betragen muss, wird das Taggeld proportional gekürzt. Auf dem Taggeld sind



WORKTIPP

SCHAUEN SIE NACH!

Um zu wissen, welche Leistungen Sie von der Krankentaggeldversicherung erwarten dürfen und welche Rechte und Pflichten Sie gegenüber der Versicherung haben, müssen Sie verschiedene Dokumente konsultieren: Im Gesamtarbeitsvertrag steht, worauf Sie zwingend Anrecht haben. Im Arbeitsvertrag ist festgehalten, wie die Firma ihre Taggeldversicherung grundsätzlich regelt. Die Details dazu finden Sie in der Police, in den allgemeinen Versicherungsbedingungen (AVB) und allenfalls in den besonderen Versicherungsbedingungen (BVB). Diese Unterlagen benötigen Sie auch, wenn Sie sich in einem Konflikt mit der Versicherung an die Unia-Rechtsberatung Ihrer Region wenden.

keine Sozialabzüge für AHV, IV, EO und ALV zu entrichten, jedoch die Beiträge an die Pensionskasse weiterhin zu leisten, sofern das Reglement der Kasse keine Prämien-

befreiung im Krankheitsfall vorsieht.

SCHADENMINDERUNG

Wenn die Versicherung Taggelder auszahlt, ist sie daran interessiert, die Fallkosten möglichst gering zu

Nicht alles, was den Schaden mindert, ist auch zumutbar.

halten. Sie verpflichtet die Versicherten deshalb zur Schadenminderung. Meistens kommt die kranke Person dieser Pflicht noch so gerne nach: Sie lässt sich ärztlich behandeln, geht zur Rehabilitation und nimmt vielleicht auch von der IV verordnete Massnahmen auf sich. Sie will ja schliess-

wichtiger Baustein sozialer Sicherheit

DAS MINIMUM

SCHWACHER SCHUTZ

Bei einem Berufsunfall ist der Lohnausfall durch die obligatorische Berufsunfallversicherung mit 80 Prozent des Lohns ab dem dritten Tag gut gedeckt. Bei Erkrankung müssen Sie hingegen mit einem minimalen Schutz gemäss Obligationenrecht auskommen, wenn Ihre Firma keine Krankentaggeldversicherung abgeschlossen hat. Die Bestimmung in Artikel 324a lautet, bei Krankheit müsse der Lohn nach dem dritten Monat im ersten Anstellungsjahr während dreier Wochen bezahlt werden – in voller Höhe und mit den üblichen Abzügen. Ab dem zweiten Anstellungsjahr solle die Lohnzahlung «je nach der Dauer des Arbeitsverhältnisses für eine angemessene längere Zeit» entrichtet werden. Um diese schwammige Vorgabe in den Griff zu bekommen, sind in der Gerichtspraxis Skalen entstanden.

BERNER SKALA. Am verbreitetsten ist die Berner Skala. Sie sieht die folgenden Lohnfortzahlungsfristen vor: im 2. Dienstjahr (DJ) 1 Monat, im 3. und 4. DJ 2 Monate, im 5. bis 9. DJ 3 Monate, im 10. bis 14. DJ 4 Monate, im 15. bis 19. DJ 5 Monate, ab 20. DJ 6 Monate. Die Basler Skala (Kantone BS und BL) unterscheidet sich nur in Nuancen, die Zürcher Skala (in der Ostschweiz gebräuchlich) sieht im zweiten Jahr 8 Wochen vor, danach eine zusätzliche Woche pro weiteres Dienstjahr. (jk)

BIS ZU 730 TAGE: Bei schweren Erkrankungen bietet nur die Krankentaggeldversicherung genügenden finanziellen Schutz. FOTO: GETTY

lich gesund werden. Zu Streitfällen kommt es dennoch häufiger. Zum Beispiel, wenn die Versicherung verlangt, dass eine Operation erfolgt, deren Sinn die erkrankte Person fragwürdig findet oder wenn Ihnen sogar ein Berufswechsel zugemutet wird. Derartige Konflikte sollten Sie nicht allein durchstehen: Wenden Sie sich an die Unia Ihrer Region.

KÜNDIGUNG – WAS NUN?

Mit der Kündigung der Stelle endet die Deckung der Taggeldversicherung für Sie. Bei neuen Erkrankungen gehen Sie also leer aus, falls Sie nicht bereits in einer neuen Anstellung sind. Beziehen Sie jedoch bereits aus einem laufenden Krankheitsfall Taggelden, kann es sein, dass diese weiterhin bezahlt wer-

den. Die meisten Versicherungen nach VVG sehen ein entsprechendes Nachleistungsrecht vor. Lesen Sie dazu auch das «Offene Ohr», erschienen im work vom 4. Februar 2022 ([rebrand.ly/offenesohr](https://www.rebrand.ly/offenesohr)).

Falls Sie nach der Kündigung arbeitslos sind, sollten Sie den Übertritt in die Einzel-Taggeldversicherung prüfen. Während des Bezugs von Arbeitslosenentschädigung werden nämlich innerhalb der Rahmenfrist nur maximal 44 Krankheitstage bezahlt. Ein Übertritt hat zudem den Vorteil, dass die Versicherung keine neuen Vorbehalte anbringen darf. Allerdings müssen Sie darauf gefasst sein, dass die Prämie markant steigt. Und beachten Sie die Fristen für den Übertritt: Sie betragen je nach Police zwischen 30 und 90 Tage.

Gewerkschaftssekretärin / Gewerkschaftssekretär mit Fachausweis

Ein Diplom, das weiterbringt: Profis am Puls der Arbeitswelt

Die Ausbildung ist anspruchsvoll, die Aufgaben sind vielfältig. Gewerkschaften bieten nicht nur Mitgliedschaften an, sondern auch attraktive Arbeitsplätze – und einen eigenen Fachausweis.

MARTIN JAKOB

Unia-Präsidentin Vania Alleva und SGB-Präsident Pierre-Yves Maillard gratulierten persönlich, als kürzlich die Fachausweise an die frisch diplomierten Gewerkschaftssekretärinnen und Gewerkschaftssekretäre übergeben wurden (siehe Foto). Ein Zeichen für die Wertschätzung, welche diese Kolleginnen und Kollegen in den Gewerkschaften geniessen. Doch wie kommt man zu diesem Ausweis, und für wen eignet sich die Ausbildung?

Die Regel ist, dass Personen, die den Lehrgang absolvieren, dies berufsbegleitend tun und bereits bei einer Gewerkschaft angestellt sind – oft mit einer Berufsbiographie, die von der einfachen Mitgliedschaft über ein Engagement als Vertrauensperson oder Mitglied einer Kommission zur vollberuflichen Gewerkschaftsarbeit geführt hat. Anna Pfister ist bei Movendo, dem Bildungsinstitut der Gewerkschaften, Ausbildungsleiterin. Sie sagt: «Unsere Absolventinnen und Absolventen haben ganz unterschiedliche Vorbildungen. Die meisten haben



GRATULATION: Vania Alleva und Pierre-Yves Maillard mit vier von fünf Diplomierten: Sandra Previti, Alexandre Porret, Angela Thiele und Rafik Jaouadi (v.l.). FOTO: UNIA

eine Berufslehre absolviert, vom Handwerk über den Handel bis zu Büroberufen, andere ein Studium.»

AN DEN SCHNITTSTELLEN. Gewerkschaftssekretärinnen und -sekretäre arbeiten an den Schnittstellen der Arbeitswelt mit Wirtschaft,

Politik und Gesellschaft – in einer Sektion oder in der Zentrale und auswärts in den Betrieben. Je nach gewählter Ausbildungsrichtung unterscheiden sich die Schwer-

Die Prüfungen finden alle zwei Jahre statt – nächstmals 2024.

punkte ihrer Tätigkeiten. Denn neben zehn Basismodulen bietet die Ausbildung zwei Vertiefungsrichtungen an.

Die eine bereitet auf das Planen und Durchführen von Aktionen und Kampagnen vor, die andere auf die Beratung von Mitgliedern in Rechtsfragen. Gewerkschaftssekretäre und -sekretärinnen begleiten und betreuen darüber hinaus Mit-

gliedergruppen, die sich in Branchen- oder Sprachgruppen zusammengeschlossen haben. Bei all diesen Aufgaben fühlen sich Menschen wohl, die Freude am Kontakt mit anderen haben, kommunikationsfähig, verantwortungsbewusst und integer sind und sich mit Feuer für die gewerkschaftlichen Ziele einsetzen möchten.

40 KURSTAGE. Die modular aufgebaute Ausbildung umfasst rund 40 Kurstage, hinzu kommt der Zeitaufwand von ein bis zwei Wochen für die Kompetenznachweise pro Modul. Der Lehrgang kann praktisch jederzeit begonnen und die Intensität des Ausbildungsgangs den individuellen Arbeitsbedingungen angepasst werden. Manche absolvieren den ganzen Lehr-

gang innert zweier Jahre, andere lassen sich auch etwas mehr Zeit.

So oder so findet die Berufsprüfung für den Fachausweis Gewerkschaftssekretärin/-sekretär alle zwei Jahre statt, das nächste Mal 2024. Die Kosten der Ausbildung betragen für Gewerkschaftsmitglieder 350 Franken pro Kurstag, der Bund leistet Beiträge ([rebrand.ly/bundesbeitrag](https://www.rebrand.ly/bundesbeitrag)). Für ihre Mitarbeitenden übernimmt die Unia die Kosten inklusive allfälliger Übernachtungskosten in Absprache mit den zuständigen Personalverantwortlichen.

Interessiert an einem Job bei Ihrer Gewerkschaft? Das aktuelle Angebot finden Sie jeweils hier: [rebrand.ly/uniajobs](https://www.rebrand.ly/uniajobs). Und alle Infos zum Lehrgang bei [movendo.ch](https://www.movendo.ch).

FACHAUSWEIS

HÖHER QUALIFIZIERT

Sie wollen weiterkommen im Beruf? Mit mehrjähriger Erfahrung und einer Weiterbildung, die der Vertiefung und Spezialisierung auf einem Fachgebiet dient, können Sie einen eidgenössischen Fachausweis erlangen. Voraussetzung ist, dass die Prüfungsordnung staatlich geprüft und genehmigt worden ist. Die Liste der möglichen Fachausweise umfasst über 200 Positionen: [rebrand.ly/berufsliste](https://www.rebrand.ly/berufsliste)

saldo tipp im work

Dieser Text stammt aus der Zeitschrift für Konsumentenschutz «Saldo».



IM NU DIGITALISIERT: Smartphone-Kameras erkennen Text und legen ihn ab. FOTO: ISTOCK

Texte fotografieren statt abschreiben

Schluss mit dem Abschreiben von Texten, Adressen oder Telefonnummern: Jetzt können Sie mit dem Handy Textpassagen fotografieren und auf dem Computer bearbeiten, abändern und kopieren. Mit wenigen Klicks hat man so gedruckte Texte digital zu Verfügung. Auf dem iPhone klappt das ab dem iPhone XS (2018) und neueren Modellen. Nötig ist das Betriebssystem iOS 15. So geht's: In den Einstellungen unter «Allgemein»/«Sprache & Region» den Schalter bei «Live-Text» aktivieren. Danach in den Einstellungen die Funktion «Kamera» öffnen. Dort muss der Schalter bei «Erkannten Text anzeigen» aktiviert sein. Ab sofort reicht es, mit geöffneter Kamera-App auf einen Text zu zielen. Es erscheint unten rechts ein Symbol mit drei horizontalen Strichen. Wenn man darauf klickt, wird der erkannte Text angezeigt und lässt sich kopieren. Auch aus Fotos lassen sich Texte herauskopieren. Praktisch: Erkennt die App eine Telefonnummer im Text, kann man durch Antippen direkt anrufen. Und beim iPhone ist für das Kopieren keine Internetverbindung nötig: Die Texterkennung funktioniert auch im Flugmodus.

NICHTS VERTRAULICHES. Auf Android-Handys braucht man die App «Google Lens». Sie funktioniert ab Android-Version 6.0. Richtet man das Handy mit der geöffneten App auf einen Text und wählt «Text» aus, kann man ihn kopieren. Das funktioniert aber nur mit einer Internetverbindung, denn das Smartphone muss die Daten zur Texterkennung an Google senden. Deshalb gilt: Vertrauliche Texte sollte Sie nicht mit dem Handy digitalisieren. MARC MAIR-NOACK

Stiftinnen und Stifte fragen – die Unia rät

Die Lehre abbrechen

Ich mache eine Ausbildung zum Sanitärinstallateur und schliesse bald mein erstes Lehrjahr ab. Die Stimmung im Betrieb ist schlecht, niemand hat Zeit für mich. Gleichzeitig habe ich zu viel Arbeit und stehe dauernd unter Druck. Ich möchte meine Lehre abbrechen. Wie gehe ich vor?

«Es tut mir leid, dass du hören. Dein Betrieb und dein Berufsbildner sind verantwortlich, dass du eine anständige praktische Ausbildung erhältst. Wenn sie diese Verantwortung nicht wahrnehmen, verstehe ich gut, dass du deine Lehre abbrechen möchtest. Bevor du deinem Chef sagst, dass du kündigen willst, solltest du dich bei der Unia und bei deiner Kontaktperson beim kantonalen Berufsbildungsamt melden. Letztere kann dir helfen, deine nächsten Schritte zu planen. Sie kann das Gespräch mit dem Berufsbildner suchen oder dich dabei unterstützen, deine Lehre in einem anderen Betrieb fortzusetzen. So oder so muss das Berufsbildungsamt dir helfen, wenn dein Berufsbildner seinen Pflichten nicht nachkommt. Wenn es das nicht tut, melde dich bei der Unia. Wir helfen allen Mitgliedern, ihre Rechte durchzusetzen, auch gegenüber den Ämtern.»

Hast auch du eine Frage an den Unia-Jugendsekretär?
Schreib an lehre@unia.ch



Julius Kopp,
Jugendsekretär.

workrätsel Gewinnen Sie eine Übernachtung!



Gewinnen Sie eine Übernachtung mit Frühstücksbuffet für zwei Personen im See- und Seminarhotel Flora Alpina Vitznau LU mit einzigartigem Panoramablick über den Vierwaldstättersee.

LÖSUNG UND GEWINNER AUS NR. 8
Das Lösungswort lautete: AKTIONSTAG

	P	G			K	E				I	H							
	F	R	O	N	T	E	X		R	E	I	C	H	E	M	A	D	
	L	A		O		L	O	G	I	S	C	H	R		I	R	E	
	A	N	T	R	I	T	T		P	O		F	A	C	K	E	L	
I	N	T	I	M		E	S		T	P	O	N	T	A	N	A	O	
	Z		N		E	R	S	T		E	N	S	L	O	D	E	N	
	E	N	T	E	R	N		A	K		A	L	S	T	O	M		
T	R	I	O		L	A	N	R	E	I	S	E	T	I	M			
	X		W	E	I	S	S	E	N		P	K	E	U	L	E		
	R	E	U	E	N	T		I	G	E	I	E	R		N			
	R	A	N		I	F	A	E	H	R	E	N	H	G	A	G	E	
	Z		E	N	E	R	G	I	E		U	B	L	A	I	S	E	
	Z	U	L	G		A	T		G	E	L	E	E		K			
	I	F		F	U	T	U	R	E		O	B	I	N	C	H	E	S
K	A	D	E	T	T		F	L	I	N	T	E	N		D	I	T	O

DEN PREIS, 200 Franken in Reka-Checks,
hat gewonnen: Peter Toggweiler, Winterthur.
Herzlichen Glückwunsch!

teilweise	↓	↓	dumm, albern	Keim- zelle	ableben	↓	↓	Marder- art	ge- krüm- ter Stift	EG-Nach- folgerin	Mündig- keit	↓	Zah- lungs- art	↓	engl. Graf- schaft	spucken	rumän. Wäh- rungs- einheit	Autokz. Kanton Waadt
starke Gemüts- bewe- gungen	→			↓				nach aussen	7						wird 125 Jahre alt (Abk.)	→		
Initialen e. CH- Tennis- spielers	→		eh. schweiz. Skifahrer (Didier)		Kon- strukteur	→						niedrig. Liege- sofa	→		Compu- termaus- unter- lage	→		
nervös. Muskel- zucken	→		↓	metall- haltiges Mineral	→			Indus- triestadt in West- finnland		Möbel- stück		Hieb- u. Stoss- waffe	→	9				parla- mentar. Vorstoss
→		13			engl. Region	→	Verleih- unter- nehmer von Filmen	→							Bar- keeper		Mund- öffnung der Tiere	↓
Gestalt, Statur		Zauber- wesen Mz.		Abfall- lager- platz	→							Inhalts- losigkeit			Merk- zettel	→		
Teil des Stuhls Mz.	→		10				relig. Bräuche		Moral- philo- sophie		Schicht- press- stoff	→						
→		1		Anhang, Beglei- tung	↓	mit der Nase wahr- nehmen	→							Felsen- rinne		Ausruf	→	
altes Längen- mass	Sommer- blume		bibl. Riese	→							ausplau- dem, verraten	3		grosses Streich- instru- ment	→			2
Wein- stöcke	→					zu jenem Zeit- punkt		ab- schlies- send		Kloster- vor- steher	→					dt. Vorsilbe	Zch. f. Plu- tonium	
→		5		Stadt im Kanton Zug	Vorbei- marsch	→							Lyriker, Dichter		frz. Links- partei	→		Schau- spieler
internat. Autoren- verband		Pflan- zen- kunde	→		8				alt Bun- desrat (Adolf)		Vollver- samm- lung	→				4		
gleich- gültig, einerlei	→				männl. Fürwort		an diesem Ort, dort		Zauber- land in e. US-Kin- derbuch	→		Doppel- vokal	→		Augen- blick, im ...	schweiz. Partei	internat. Presse- agentur	
schliesst die Tore in Arbon		Termin- kalender	→		↓				... sind wir stark!	→								
→			6			Hoch- gebirge betref- fend	→					Gruppe von Artisten	→		11			

1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12	13

Lösungswort einsenden an: work,
Postfach, 3000 Bern 16, oder per
E-Mail: verlag@workzeitung.ch
Einsendeschluss 27. Mai 2022

Gewerkschaften in der Ukraine brauchen Ihre Solidarität!

Wir unterstützen zusammen mit dem SOLIFONDS die Gewerkschaften vor Ort.

UNIA

Photo by Ahmed Zaiabany on Unsplash

Helfen Sie mit. Mit Ihrer Spende!
Postkonto: 80-7761-7, Vermerk: Ukraine
solifonds.ch/spenden

SOLIFONDS

WORKLESERFOTO



Auszeit im Alltag

WANN 11. Mai 2022

WO Langenthal BE

WAS «Ich arbeite bei der Spitex. Heute morgen war ich wie immer unterwegs. Bevor ich ins Haus meines nächsten Kunden eintreten konnte, hat mich dieses sympathische Büsi energisch davon abgehalten. Sie wollte sich offenbar bei mir unbedingt ein paar Streicheleinheiten abholen. Nachdem ich mir kurz Zeit genommen und mich ihr gewidmet hatte, war meine Arbeitskleidung zwar voll mit Büsihaaren, aber wir sind danach beide entspannt unseres Weges gegangen. Eine kurze, aber wunderschöne Begegnung und Auszeit im sonst so hektischen Alltag.»

Eingesandt von Blaženka Vukas, Langenthal BE

Gewinnen Sie 100 Franken!

Senden Sie uns Ihr Lieblingsfoto: Wenn es abgedruckt wird, gewinnen Sie 100 Franken! Schreiben Sie uns, was es zeigt und wo, wann und wie es entstanden ist. Bitte vergessen Sie nicht, Ihre vollständige Adresse anzugeben.

Senden an redaktion@workzeitung.ch, Betreff «Leserfoto»

WORKPOST

WORK 8 / 29.4.2022:
**«JETZT SIND DIE CHEFS NETT ZU MIR.
SIE HABEN KEINE ANDERE WAHL.»**

Leider eine logische Folge!

Das klingt ja wirklich wie aus einem Horrorfilm, diese Zustände in den Altersheimen. Das Schlimmste ist aber, dass einen dies gar nicht wirklich erstaunt. So was kommt eben von so was! Es ist die Profitoptimierung im Gesundheitswesen auf die Spitze getrieben. Leider nichts als eine logische Folge von dem, was passiert, wenn man Spitälern und Altersheimen erlaubt, profitorientiert zu wirtschaften. Das geht nur auf Kosten der Mitarbeitenden, der Qualität, und schliesslich auf Kosten von uns allen. Der Profit hingegen, der ist einigen wenigen vorbehalten.

HANNA MÜLLER, PER MAIL

Echt grandios

Sich exponieren braucht Mut. Das ist echt grandios, was Anna Bacia hier zustande gebracht hat. Und erst noch nach einer Scheidung und mit zwei kleinen Kindern!

ALINA GERBER, PER MAIL

WORK 8 / 29.4.2022: **«ICH WÜRD E S WIEDER TUN!»**

Sehr eindrückliche Frau

Das ist sehr eindrücklich, was Finka Erceg hier schildert. Und es zeigt auch, was es bedeutet, wenn die Reinigung noch im Hause selber angestellt ist. Das sind Frauen, die nicht einfach nur Dienst nach Vorschrift

leisten, sondern mit Herzblut dabei sind. Es scheint mir ein komisches unternehmerisches Denken, solche Leute zu entlassen.

LOTTI ALTENDORFER, PER MAIL

kennen. Zu hoffen ist, dass sie dannzumal nicht wieder eine Art «intelligenter» Homo sapiens erschaffen wird.

KLAUS GASSER, STEFFISBURG BE

**WORK 8 / 29.4.2022: 6 TONNEN
LEBENSMITTEL UND 200 ZAHNBÜRSTEN**

Das ist gelebte Solidarität

Das ist gut, hat die Unia ihre internationalen Kontakte aktiviert und schickt nun Hilfsgüter direkt zu den Betroffenen in die Ukraine. Es ist das mindeste, was wir tun können!

LUCA VALDIVIA, PER MAIL

Chance für eine bessere Spezies?

Sollte es dem Herrn Putin einfallen, einen Atomkrieg auszulösen, müssen wir nicht mehr auf den Höhepunkt der Klimaerwärmung warten, um zu erleben, wie die Erde unbewohnbar wird.

Ein ähnliche Katastrophe hat bereits einmal stattgefunden als die Dinosaurier ausstarben. Seither hat die Erde während 65 Millionen Jahren eine wunderbare, unglaublich vielfältige Natur mit unzähligen verschiedenen Arten von Pflanzen und Lebewesen aufgebaut.

Nach einem Atomkrieg kann sich die Erde vielleicht wieder erholen. In weiteren 65 Millionen Jahren wird sie wohl erneut eine wunderbare und unglaublich vielfältige Natur erschaffen, die allerdings komplett anders aussehen wird als das, was wir jetzt

WORK 8 / 29.4.2022:

Bravo Unia, nur weiter so!

Genau für solche Grusel-Baustellen braucht es eine Gewerkschaft. Sonst schaut ja niemand hin, was mit den Büzern passiert, die für die Reichen und Superreichen ihre Luxusbüros und -häuser bauen.

STEFAN STEINER, PER MAIL

WORK 8 / 29.4.2022:
GEBOREN AUS DEN STREIKS DER BÜEZER

Welche Zukunft für die Baumeister?

Eine interessante historische Arbeit über die Baumeister, die work da geleistet hat. Aber wo bleiben die Jubiläumsschriften des SBV selbst? Denn wer keine Vergangenheit hat, hat bekanntlich auch keine Zukunft. Na ja, ob jetzt das in diesem Fall so schlimm wäre...

MARTIN WASER, PER MAIL

Schreiben Sie uns

Ihre Meinung und Ihre Erfahrungen interessieren uns. Schreiben Sie per E-Mail an **redaktion@workzeitung.ch** oder an **work Redaktion Leserbrief, Gewerkschaft Unia, Postfach, 3000 Bern 16**

YELINES HOFER

SPORT,
HUND,
PUNK

Der Malerinnenberuf sei strenger, als es sich viele vorstellten, sagt Yelines Hofer: «Wenn ich einen ganzen Tag eine Decke abschleife, bin ich am Abend nudelfertig.» Sie mache die Arbeit gern, betont sie. «Aber ich habe auch sehr gern Freizeit.» Langweilig wird ihr nicht. Sie spielt Tennis, rennt regelmässig in Aarburg AG das «Tuusigerstägli» hoch – genau genommen habe die Treppe sogar 1150 Stufen – und macht einmal pro Woche ein hartes Fitnesstraining, inspiriert von den Navy Seals, der Eliteeinheit der US-Armee.

KONZERTE. Zeit nimmt sie sich auch für ihrem Hund Sunny, einen Volpino italiano, und für die Musik. Sie ist in mehreren Kulturvereinen aktiv, organisiert Rockkonzerte und Goaparties und spielt Schlagzeug in einer Punkband.



STRICH UM STRICH: Malerin Yelines Hofer gibt Wänden und Fassaden den letzten Schliff.

Malerin Yelines Hofer (29) liebt ihre Arbeit. Das war nicht immer so.

«Man darf nicht faul sein, wenn's um das eigene Leben geht»

Arbeiten an der Sonne, viel Freiraum und vom Chef Gipfeli statt Gebrüll: So ist's richtig, sagt Yelines Hofer.

CHRISTIAN EGG | FOTOS MATTHIAS LUGGEN

Was für ein Privileg, habe sie grad heute wieder gedacht, sagt Yelines Hofer: «Ich kann beim schönsten Wetter draussen arbeiten.» Jetzt sitzt die Malerin beim Feierabendbier, lehnt sich zurück und wartet auf die Fragen von work. Die erste: Was, wenn es regnet oder eiskalt ist und sie draussen arbeiten muss? Die 29jährige schmunzelt und sagt: «Das gibt's in unserer Firma nicht.»

Kein Witz: Ihr Chef habe immer genügend andere Aufträge, so dass die Malerinnen und Gipser bei Schlechtwetter stets drinnen arbeiten könnten. «Er ist halt gut organisiert.» Und ja, in anderen Betrieben habe sie mehrmals um 7 Uhr morgens bei minus zehn Grad Aussenwände streichen müssen. Das sei eine

Qual und überdies oft für die Katz: «Bei Schlechtwetter sollte man sowieso nicht draussen streichen. Die Farbe kann abblättern, und dann musst du wieder von vorne anfangen.»

HEIMKIND. Nicht nur wegen der Sonne liebt Hofer ihre Arbeit. Auch, weil sie am Abend sieht, was sie gemacht hat. Und weil sie viel Freiraum hat. Sie hat meist drei, vier Aufträge parallel und entscheidet selber, was sie wann macht. Davon profitiere auch die Firma, sagt sie: «Wir auf der Baustelle sind näher dran und wissen meist besser als der Chef, was sinnvoll ist.»

Ob streichen oder spritzen oder die Kundschaft beraten: sie mache fast alles gern, was der Beruf mit sich bringe. Ausser Tapezieren: «Einmal die Tapete falsch abschneiden, dann hast du das Geschenk. Damit kannst du mich jagen.» Sagt's und lacht herzlich.

Der lebensfrohen und selbstbewussten Frau mit den grünblauen Haaren und den wachen blauen Augen sieht man nicht an, dass ihr Start ins Leben kein schöner war: ein gewalttätiger Vater, eine überforderte Mutter. Zwei Jahre lebte sie auf der Strasse, mit 12 Jahren kam sie ins Heim, und während der Lehre war sie auf Sozialhilfe angewiesen: «Da habe ich mit ganz wenig Geld gelebt. Jeden Franken habe ich zwei-, nein, zehnmal umgedreht.» Etwas habe sie in dieser Zeit gelernt: «Man darf nicht faul sein, wenn's ums eigene Leben geht.»

Im Heim kam sie auch erstmals mit dem Malerberuf in Kontakt: «Wir mussten ständig irgendwo arbeiten und bekamen dafür ein Sackgeld. Einmal mussten wir die Büros neu streichen. Das fand ich cool.» Ab dann war klar: Das wird ihr Beruf. Seit zwei Jahren arbeitet sie beim Maler- und Gipserbetrieb Walter Jäggi im solothurnischen Boningen. Mit

dieser Firma habe sie das grosse Los gezogen, sagt sie: ein anständiger Lohn von 5850 Franken brutto und Wertschätzung vom Chef. Das fange an beim gegenseitigen Vertrauen, gehe über gute Werkzeuge bis zu den Gipfeli, die er manchmal am Morgen einfach so mitbringe.

GRÜSEL. Zuvor habe sie meist schlechte bis katastrophale Chefs gehabt, sagt die Schweizerin mit kolumbianischen Wurzeln. Bei einem habe sie neuneinhalb Stunden pro Tag arbeiten müssen statt acht, wie es der Gesamtarbeitsvertrag vorschreibt. Ein anderer habe die Leute ständig angebrüllt. Und sie nahm innerhalb von acht Monaten 15 Kilo ab, «weil ich nie Mittag machen konnte. Dabei weiss ich, dass ich schnell arbeite.» Den Termindruck auf dem Bau müssten oft die Malerinnen und Maler ausbaden: «Die letzten beissen die Hunde.»

Ein anderer Chef machte gerne lange Meetings nach Feierabend: «Zwei Stunden stehen, und das ohne Lohn!» Wieder ein anderer habe eine Lehrtochter betatscht. Hofer protestierte, sprach mit den Eltern, informierte das Lehrlingsamt. Doch der Chef tat es wieder. «Da habe ich fristlos gekündigt.»

Yelines Hofer hat fast immer temporär gearbeitet. Auch jetzt. Das gebe einen willkommenen Abstand zur Firma: «Wenn es um Lohn und Stunden geht, habe ich nicht mit dem Chef zu tun, sondern mit dem Temporärbüro.» Und sie schätze die Freiheit: So könne sie so viel freinehmen, wie sie wolle.

Unia-Mitglied ist sie seit acht Jahren. Aktiv aber erst seit zwei Jahren: Da habe sie einen Anruf der Gewerkschaft bekommen mit der Frage, ob sie Interesse habe, sich zu engagieren. Sie hatte. Und merkte: «Hey, da geht es genau um das, was ich vorher auf eigene Faust gemacht habe. Nämlich die Leute zu motivieren, dass sie sich wehren und nicht über den Tisch ziehen lassen.»

TRÖTZELN. Sie wüsste, wo man den Gesamtarbeitsvertrag fürs Maler- und Gipsergewerbe noch verbessern könnte: mehr Ferien, bessere Kündigungsfristen und mehr Kontrollen – «damit die schlechten Chefs irgendwann verschwinden». Aber alles in allem sei der GAV der Gipserinnen und Maler nicht schlecht.

Als Delegierte der Branche verhandelte sie im vergangenen Winter den neuen Vertrag mit. So lange zu sitzen und zu reden, das sei anstrengend gewesen – aber auch spannend. Etwa, wenn die Arbeitgeber als Antwort auf Forderungen damit drohten, den GAV zu kündigen. Wie reagiert frau da als Gewerkschafterin? Hofer lächelt und sagt: «Wie bei einem Kind, das trötzelt: gar nicht so fest beachten.»

Sozialabbauer? Lohndumper? Jobvernichter? work nennt die Namen. Angriffig, kritisch, frech.

work abonnieren.

Für nur Fr. 36.– im Jahr jeden zweiten Freitag direkt ins Haus.

Vorname/Name

Strasse

PLZ/Ort

Telefon/E-Mail

work, Abodienst, Postfach, 3000 Bern 16. www.workzeitung.ch

WORKIMPRESSUM work ist die Zeitung der Gewerkschaft **Herausgeberin** work, Gewerkschaft Unia **Verlag und Redaktion** Weltpoststrasse 20, 3000 Bern **Postadresse** Postfach, 3000 Bern 16 **Telefon Verlag und Redaktion** 031 350 24 18 **E-Mail Verlag** verlag@workzeitung.ch **E-Mail Redaktion** redaktion@workzeitung.ch **Internet** www.workzeitung.ch **Redaktion** Marie-Josée Kuhn (Chefredaktorin), mariejoseekuhn@workzeitung.ch; Anne-Sophie Zbinden (Stv. Chefredaktorin, Produzentin), annesophiezbinden@workzeitung.ch; Christian Egg, christianegg@workzeitung.ch; Ralph Hug, ralphhug@workzeitung.ch; Jonas Komposch, jonaskomposch@workzeitung.ch; Patricia D'Incau (Digitalredaktorin), patriciaadincau@workzeitung.ch; **Mitarbeit an dieser Nummer** Katrin Bärtschi, Peter Bodenmann, Martin Jakob, Klaus Petrus, Andreas Rieger, Clemens Studer, Jean Ziegler **Gestaltung/Layout** Nina Seiler, ninaseiler@workzeitung.ch; Silvia Aeschbach, silviaaeschbach@workzeitung.ch **Korrektur** Urs Remund, ursremund@workzeitung.ch, Andrea Leuthold **Sekretariat** Fabienne Jallily (Di, Mi, Fr vormittag), verlag@workzeitung.ch **Anzeigenmarketing** Fabienne Jallily, Telefon 031 350 24 18, anzeigen@workzeitung.ch **Druck** CH Media Print AG, Im Feld 6, 9015 St. Gallen **Abonnement** Jahresabonnement (21 Ausgaben) Fr. 36.–, Einzelpreis Fr. 2.80, Euro 2.– **Abodienst** Unia-Mitglieder: Bitte wenden Sie sich an die zuständige Unia-Sektion. Übrige Abonnenten: Mo–Fr 9–11.30 Uhr, Telefon 031 350 24 18, abo@workzeitung.ch **Auflage** 69 344 inkl. Beilagen für alle Mitglieder der Gewerkschaft Unia.